

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gespalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 8. Fernsprechanstalt: 2 28 41 und 2 28 42.

Die Gewerkschaften zur Frage der Preissenkung.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben folgenden Aufruf erlassen:

Die schwere soziale Krise der Gegenwart bedroht immer weitere Kreise des deutschen Volkes mit Hunger und Elend. Sie erfordert gebieterisch den nachdrücklichsten Einsatz aller Abwehrkräfte. Neben die von den Gewerkschaften verlangte Verkürzung der Arbeitszeit und die anderen Maßnahmen zur Entlastung des überfüllten Arbeitsmarktes muß die Sorge um die Erhaltung der Massenkaufkraft treten. Nur auf diesem Wege kann die weitere Verschlechterung der Konjunktur verhindert und eine Wiederbelebung der Wirtschaft erfolgreich vorbereitet werden.

Ein scharfer Druck auf die Löhne und Gehälter aller Arbeitnehmerschichten hat bereits eine empfindliche Senkung der Lohn- und Gehaltseinkommen herbeigeführt. Das Preisniveau dagegen hält sich immer noch auf einer nicht zu rechtfertigenden Höhe. Die von der Regierung eingeleitete Aktion zur Senkung der Preise muß wirksamer gestaltet werden, insbesondere für die Lebensmittel und Gegenstände des notwendigen Massenbedarfs.

In Erkenntnis der Bedeutung dieser Aufgabe fordern die unterzeichneten Spitzenverbände alle ihre Unterorganisationen im ganzen Reich bis hinab zur kleinsten Gemeinde auf, sich an ihrer Durchführung tatkräftig zu beteiligen. Das Zusammenwirken aller gewerkschaftlichen Kräfte von Nord bis Süd, von Ost bis West kann den erhofften Erfolg bringen. Darum ergeht unser Ruf an alle unsere Mitglieder in Stadt und Land, in Industrie und Landwirtschaft, in Handel und Verkehr, in den Betrieben und Verwaltungen:

Organisiert eine gemeinsame Bekämpfung der unberechtigten hohen Lebenshaltungskosten! Stellt euch den Behörden zur Verfügung!

Arbeitet zusammen mit den Genossenschaften der Erzeuger und Verbraucher!

Fördert die direkten Beziehungen zwischen der Landwirtschaft, die die Lebensmittel erzeugt, und der Bevölkerung, die sie verbraucht!

Sichert euch gegen Übervorteilung durch ständige Kontrolle der Preise von Laden zu Laden, von Stadt zu Stadt!

Vergleicht die Einkaufspreise mit den Verkaufspreisen, damit die Zwischenhandelspanne verringert wird!

Stellt die Preise der Konsumvereine, der Warenhäuser und des Einzelhandels gegenüber! Veröffentlicht die billigsten Preise mit samt ihren Bezugsstellen, damit die Hausfrau weiß, wo sie am wohlfeilsten einkaufen kann!

Ruft die Hausfrauen auf, daß auch sie sich in den Dienst der Sache stellen!

Seid wachsam und regsam! Angesichts der furchtbaren Not ist jede tatkräftige und umsichtige Mitarbeit notwendig und willkommen. Beteiligt euch an dem großen Werke, unseren Brüdern und Schwestern zu helfen und der deutschen Wirtschaft wieder die Grundlage zur Gesundung zu bereiten.

Berlin, den 22. November 1930.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
- Allgemeiner freier Angestelltenbund.
- Deutscher Gewerkschaftsbund.
- Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.
- Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.
- Deutscher Beamtenbund.

welchem Sinne diese drei Begriffe gebraucht werden, wenn man sie in gegenseitige Beziehung stellt. Hier beweist sich wieder einmal das Marxwort, daß das Denken der Menschen entscheidend von ihrem wirtschaftlich Sein beeinflusst wird. So erklären sich auch die grundlegenden Verschiedenheiten in der Auffassung über die Ursachen der gegenwärtigen Krise und über die geeigneten Mittel zur Behebung der Wirtschaftsnote.

In der Auffassung der Unternehmer hat sich noch keine grundsätzliche Änderung vollzogen. Nach wie vor halten sie an ihrer Meinung fest, die ihnen nach den Lehren der alten Volkswirtschaftler die allein richtige Auffassung über die Wirtschaft und ihre Aufgaben zu sein scheint. Da diese alten nationalökonomischen Lehren dem Bewußtsein der Unternehmer aber so sehr schmeicheln und ihrem Geldbeutel so außerordentlich zuträglich waren, so ist es durchaus verständlich, daß sie sich auch heute noch nicht zu einer anderen, moderneren Ansicht bekehren konnten. Aber vielleicht fühlen die Unternehmer auch instinktiv, daß es je länger, desto mehr um die Grundlagen ihrer wirtschaftlichen Vormachtstellung geht, und daß sie endgültig von der Führung der Wirtschaft abgelöst werden, wenn es ihnen nicht gelingt, ihre Rechte auf diese Führerstellungen zu beweisen. Darum ihr erbitterter Kampf gegen alle Andersdenkenden, gegen alle, die ihnen das Recht bestreiten, länger Führer einer Volkswirtschaft zu sein, die nicht zum wenigsten durch die Schuld der Unternehmer in die furchtbare Krise geraten ist, die „ohne Beispiel in der Weltgeschichte“ ist.

Nach wie vor singen die Unternehmer aller Industrien, einschließlich der meisten „Krauter“, das alte Lied, daß Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlängerung oder wenigstens noch mehr gesteigerte Arbeitsleistungen die einzigen Mittel sind, um dem kranken Wirtschaftskörper wieder neues Blut zuzuführen. Immerhin haben sie, teils unter dem Druck der öffentlichen Meinung, teils auf sanftes Zureden der Reichsregierung, nicht zum wenigsten aber auch unter dem Einfluß der Veröffentlichungen der Gewerkschaften, sich zu einigen kleinen Schritten auf dem Wege der Preissenkung bequemen müssen. Aber wie gesagt, nur zu einigen kleinen, ganz kleinen Schritten. Bisher ist es der Regierung, die in der Frage des Lohnabbaues eine bemerkenswerte Aktivität entwickelte, noch nicht gelungen, die Preissenkung mit demselben Erfolge in die Wege zu leiten. Aber trotzdem, der Anfang ist gemacht! Wenn es auch nur Pfennige sind, um die das Pfund Brot und das Liter Milch z. B. in Berlin billiger geworden ist, das geduldige Volk tröstet sich damit in Erwartung eines Besseren, und wer den Pfennig nicht ehrt, ist bekanntlich auch des Talers nicht wert. Wahrscheinlich ziehen die Unternehmer in Befolgung dieses Sprichworts von den kargen Verdiensten der Arbeiterschaft gleich talerweise ab.

Jedenfalls können die geringen Preisermäßigungen bei einigen Lebensmitteln noch lange nicht die viel höheren Lohnsenkungen rechtfertigen, um so weniger, als der Lohnabbau ja voranging. Wir werden den Verdacht nicht los, daß viele Unternehmer und Händler bei den bisherigen Preissenkungen noch ein ganz gutes Geschäft machen: Lohnabbau um 8 Prozent, Preisermäßigung um 2 bis 4 Prozent, ganz abgesehen davon, daß den Arbeiter der Lohnabbau mit voller Wucht trifft und ihn allein trifft, während die Preissenkung sich oft erst nach längerer Zeit in seiner Lebenshaltung bemerkbar macht. Nach den neuesten Zeitungsmeldungen beabsichtigt das Ruhrkohlen Syndikat eine Senkung der Kohlenpreise durchzuführen, die etwa 8 bis 9 Prozent ausmachen soll. Das sieht sehr großzügig aus, ist es aber nicht, wenn man bedenkt, daß die Selbstkosten durch Rationalisierung und gesteigerte Produktion bei vermindertem Arbeiterlohn um viel mehr gesunken sind. Die letzte Preiserhöhung, die das Ruhrkohlen Syndikat als Ausgleich für eine Lohnerhöhung von 8 Prozent im Jahre 1928 durchführte, betrug 12 Prozent. Ähnlich dürften die Dinge in allen anderen Industrien liegen, so daß im Grunde die Unternehmer an ihren Gewinnen kaum eine Beeinträchtigung erfahren werden.

Die gegenwärtige Situation im Kampf um die Preise wird in der Nr. 552 des „Berliner Tageblatts“ treffend gekennzeichnet, in der Dr. Felix Pinner wie folgt schreibt:

„Der Kampf um den Preisabbau ist jetzt allmählich aus dem Vorfeld der kleinen und mittleren Aktionen bis an die Brennpunkte der Entscheidung, die auch die Punkte des stärksten Widerstandes sind, vorgekommen worden. Er steht nunmehr hart vor den Zwingburgen der großen Monopole, deren Preisbarriere bisher ein Hindernis, das Haupthindernis bildete, daß sich aus den vielen kleinen Rinnalen des Preisabbaues der große Strom bilden konnte, auf den die Konsumenten mit Sehnsucht, aber immer noch mit Zweifel warten, dessen Kommen die Regierung oft genug verheißt und bis zu einem gewissen Grade schon — in ihrer Lohnpolitik — vorausgeskompt hat.“

Das ist es. Die Macht der Kartelle und Syndikate ist so groß, daß eine Preisermäßigung, die sich den Erfordernissen der Krise auch nur einigermaßen anpaßt, nicht zu erwarten ist. Wir haben ja keine freie Wirtschaft mehr, in der die Konkurrenz regulierend auf die Preise einwirken konnte. Die von dem brutalsten Profitstreben diktierten Preisbindungen gehen heute ja so weit und werden so streng durchgeführt, daß es dem einzelnen Unternehmer gar nicht möglich ist, zu niedrigeren Preisen, als den von den Kartellen festgesetzten, zu verkaufen, wagt er es dennoch, so droht ihm der Bankrott.

Wehret den Gewerkschaftszerstörern!

Der Weizen der Katastrophepolitiker blüht. Sowohl ihre Anhänger von ganz rechts als auch die von ganz links sehen mit Wonne, wie die Arbeitslosigkeit täglich steigt, wie es den Unternehmern gelingt, die Löhne abzubauen, wie aber die Preise nicht entsprechend gesenkt werden und eine weitere Verelendung der Arbeiterschaft unvermeidlich erscheint. Aber diese grausamen Taten allein genügen ihnen noch nicht. Schadenfroß blasen die Anhänger der Gewaltpolitik in das Feuer der Wirtschaftsnote, um es noch immer heller, immer vernichtender aufzublenden zu lassen, bis es in einem riesigen Feuermeer alles verschlungen haben wird, was sich die Arbeiterschaft in jahrzehntelangen, zähen, zielbewußtem Klassenkampf errungen und aufgebaut hat. Und dann?

Dann glauben die einen, die Zeit sei gekommen, um ein Sowjetdeutschland nach russischem Muster aufzurichten zu können. Sie bedenken nicht, daß es ganz unmöglich ist, auf Deutschland einfach zu übertragen, was für Rußland vielleicht gut war, wobei sich die Frage erhebt, ob das, was sich seit der Oktoberrevolution 1917 in Rußland ereignete, auch wirklich gut für Rußland und das russische Volk war. Wie dem auch sei, das deutsche Volk müßte in einem Meer von Blut und Tränen untergehen, wenn es den Anhängern Moskaus gelänge, ihre Pläne durchzuführen. Aber auch wenn dieser Anschlag mißlänge, würden die Leiden der deutschen Arbeiterschaft auf Jahrzehnte hinaus ungeheurer verschärft und vertieft. Es gibt für die Demokratie und für die Eroberung der wirtschaftlichen und politischen Macht durch das arbeitende Volk kein größeres Hindernis als den Bürgerkrieg. Das haben schon vor Jahrzehnten die besten und vorausschauenden Führer der Arbeiterschaft erkannt. So sagte Jean Jaures, das erste Opfer des Krieges:

„Der sicherste Weg der sozialen Revolution ist der Frieden, der der wachsenden Demokratie gestattet, die Mittel zu schaffen zur stufenweisen Eroberung der politischen Macht durch das arbeitende Volk.“

Und nicht anders August Bebel, der große Führer der deutschen Sozialdemokratie:

„Wohl mag es einzelne geben, aber nur vereinzelte Personen, und die möchte ich als Geistesranke bezeichnen, die in herostratischem Übermut glauben, daß sie auf gewaltsamem Wege und mit gewaltsamen Mitteln was immer für ein Ziel erreichen können; aber ganz entschieden werden sich nimmer die Massen zu einer solchen Politik hinreißen lassen. In keiner Periode der Geschichte ist dies geschehen.“

Es scheint aber so, als ob die Leute, die fortwährend die Notwendigkeit eines Bürgerkrieges betonen, nicht wissen, welche furchtbare Bedeutung diesem Worte innewohnt. Wer je einen Bürgerkrieg, wie den russischen, aus eigener Anschauung und am eigenen Leibe erlebt, der weiß, daß ein Bürgerkrieg das Allerschlimmste ist, was einem Volke geschehen kann. So viel ist sicher, daß ein Bürgerkrieg in Deutschland nur eine Zwischenstufe zu der allerblutigsten Rechtsdiktatur sein kann. Und dann würde die Nazis das zufallen, was sie sich ersehnen, das Dritte Reich, und ebenso

hätten die Unternehmer dann eine Arbeiterschaft, wie sie sie sich wünschen, vollkommen recht- und wehrlos, allen Schikanen und allen Nachstellungen ihrer Klassegegner ausgeliefert, und die freien Gewerkschaften wären mit einem Schlage erledigt. In der letzten Wirkung wäre ein Umsturz durch die Kommunisten dem durch die Nazis vollkommen gleich. Das einzige Bollwerk der Arbeiterschaft wäre in die Hände der Unternehmer gegeben. Die blutigste, furchtbarste Reaktion wäre unausbleiblich.

So ergibt sich, daß die Arbeiterschaft gerade jetzt mehr als je die Verpflichtung hat, sich mit rücksichtsloser Entschlossenheit gegen alle Spaltungsversuche von rechts und links zu wenden. Mehr als je müssen wir aber auch jetzt in der schweren Zeit der Not die arbeitenden Massen darauf hinweisen, daß durch Gewaltakte nichts gebessert, aber alles verschlimmert werden kann, daß es keinen anderen Weg gibt, als dafür zu sorgen, daß die ungeheure Volksmehrheit von den sozialistischen Ideen durchdrungen und von der absoluten Notwendigkeit einer anderen Ordnung der Dinge überzeugt und so ohne Gewaltanwendung eines Tages die Herrschaft in die Hände bekommen wird.“

Es ist ja nicht mehr ganz so, wie Karl Marx sagt, daß die Arbeiterschaft nichts weiter zu verlieren hat, als ihre Ketten. Die Arbeiterschaft hat sogar viel zu verlieren, wenn durch die unsinnigen Gewaltpläne einer kühnen Minderheit der Reaktion und der Rechtsdiktatur Tür und Tor geöffnet werden. Alle ihre Organisationen, alle ihre Einrichtungen würden den triumphierenden Klassegegnern zum Opfer fallen, und die Entwicklung würde um eine unendlich lange Zeit zurückgeschraubt.

Mehr denn je sind heute die Gewerkschaften die einzigen und berufenen Sachwalterinnen der Arbeiterschaft, mehr als je müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen jetzt darauf bedacht sein, sich ihr Bollwerk gegen die wirtschaftlichen Stürme zu erhalten, mehr als je ist heute gewerkschaftliche Einigkeit und gewerkschaftliche Treue erforderlich. Entschlossene Abwehr jedes Spaltungsversuches und verstärkte Tätigkeit zum weiteren Ausbau der Gewerkschaften ist gerade jetzt unumgänglich notwendig. „Das ist die Not der schweren Zeit; das ist die schwere Zeit der Not“, aber die in den freien Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft darf sich durch „die schwere Not der Zeit und durch die Zeit der schweren Not“ nicht trennen und uneinig machen lassen, das wäre das Allerschlimmste, was ihr geschehen könnte, es wäre ihr Todesurteil in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Das menschenbefreiende Werk des Sozialismus wird durch die gegenwärtige Krise nicht aufgehalten werden, wenn wir diese Zeit geeint überleben.

Wirtschaftsnote, Lohnsenkung und Preisabbau.

Das sind die drei Dinge, die jetzt täglich in einem Atemzug miteinander genannt werden. Es ist gar nicht zu bestreiten, daß sie auch in allerengster Beziehung zueinander stehen. Nur macht es auch hier einen ganz gewaltigen Unterschied aus, in

In jeder Beziehung, der oft genug zu seinem wirtschaftlichen Ruin und zu seiner gesellschaftlichen Vernichtung führt. So geben die Probleme Preissenkung und Lohnabbau schließlich bis an die wichtigsten Staats- und Wirtschaftsfragen heran, an die Frage nämlich, ob der Staat länger tatenlos zusehen darf, daß die wirtschaftlichen Organisationen der Unternehmer die Macht haben, über das Schicksal und über die Lebenshaltung des gesamten Volkes entscheidend zu bestimmen und auch in der Zeit der furchtbarsten Not von ihrem reinen Interessensstandpunkt aus Preise und Verkaufsmöglichkeiten zu diktieren. In diesem Sinne ist gewiß auch der Austritt des Reichsjustizministers Bredt aus der Reichsregierung zu verstehen, als ein Protest der Wirtschaftspartei, die der Regierung nicht das Recht zuerkennen will, in rein wirtschaftliche Fragen entscheidend einzugreifen und der die bescheidenen Erfolge der Preissenkungsaktion der Regierung schon zu weit gehen.

Der Auffassung der Gewerkschaften, auf die wir schon so oft hingewiesen haben, ist die jetzige Situation nicht günstig. Die tiefen Arbeitslosigkeit erleichtert es den Unternehmern, ihre Absichten auf eine Senkung der Löhne und auf sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durchzuführen. Aber unser Standpunkt ist der gleiche geblieben und wir müssen es der Öffentlichkeit immer wieder sagen, daß wir jetzt wie früher Lohnsenkungen für ein verfehltes Mittel halten, um die Wirtschaft anzuregen. Eine wirkliche Behebung dieser „Krise aus Überfluß“ ist nur möglich, wenn die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten gerecht verteilt, wenn die Kaufkraft der großen Massen gestärkt und endlich, wenn die Wirtschaft ihrem wahren Zwecke gemäß arbeiten kann, nämlich eine möglichst ausreichende Versorgung aller Volksgenossen mit den materiellen Gütern sicherzustellen. Lohnsenkungen verschärfen die Krise, weil sie die Kaufkraft mindern. Wadurch wird aber die Arbeitslosigkeit noch größer werden. Auch die Arbeitsdienstpflicht, für die in neuester Zeit wieder eifrig Reklame gemacht wird, ist kein brauchbares Mittel, um die Arbeitslosenzahl zu verringern. Im Gegenteil, sie ist ein volkswirtschaftlicher Unsinn, ganz abgesehen von ihrem sozialreaktionären Charakter.

Eine Krise aus Überfluß, d. h. gewaltige Warenmengen und die Möglichkeit, noch viel mehr herzustellen, auf der einen Seite und auf der anderen Mangel an Allernotwendigsten, keine Mittel, um die zum Leben erforderlichen Waren zu kaufen, die entweder in Überfluß vorhanden sind oder vorhanden sein könnten, das ist das Merkmal der heutigen kapitalistischen Wirtschaft. Das ist aber auch der Beweis, daß diese Wirtschaftsordnung nicht fähig ist, die Menschen glücklich und frei und zufrieden zu machen. Das wird nur in der sozialistischen Wirtschaft gelingen, die der kapitalistischen folgen muß. Bis dahin aber muß die Arbeiterschaft die Ausfälle des Kapitalismus abwehren. Das kann sie jedoch nur, wenn sie ihre gewerkschaftlichen Organisationen unerschütterlich erhält und unablässig stärkt.

Die Organisationsmacht der Unternehmer.

Das Jahrbuch der Berufsverbände ist eine der interessantesten Veröffentlichungen des Reichsarbeitsministeriums. Die neueste Ausgabe dieses als Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt erschienenen Werkes ist um 100 Seiten stärker als die Ausgabe vom Jahre 1927. Bei den Berufsverbänden handelt es sich um solche, die sich mit wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen beschäftigen. Die immer mehr wachsende Stärke des Jahrbuchs zeigt bereits, daß eine fortwährende Um- und Neugründung an Organisationen und Vereinigungen erfolgt. Für heute wollen wir uns mit den Unternehmerverbänden beschäftigen.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat in seiner Sitzung vom 13. September 1928 beschlossen, ein organisatorisches Sperrjahr bis 1. Oktober 1929 einzutreten zu lassen. Durch spätere Beschlüsse wurde dieses Sperrjahr bis zum 1. Oktober 1930 verlängert. Trotzdem also versucht worden war, die Neugründung von Vereinigungen wirtschaftlicher und sozialpolitischer Art zu bremsen, sind zahlreiche Um- und Neugründungen im Arbeitgeberlager erfolgt. Das Jahrbuch der Berufsverbände gibt davon einen treffenden Anschauungsunterricht. 1930 waren in Deutschland, soweit die Unternehmerverbände in Frage kommen, 1476 Reichsverbände, 1539 angeschlossene Bezirksverbände, 598 Landesverbände vorhanden, außerdem 121 Reichsverbände und 11 Landesverbände mit anderen Aufgaben. Überwiegend mit Arbeitgeberaufgaben beschäftigen sich davon 227 Reichsverbände und 187 Landesverbände. Nur Arbeitgeberaufgaben erfüllen 51 Reichsverbände und 124 Landesverbände. Mit allgemeinen wirtschaftlichen Aufgaben beschäftigen sich 767 Reichsverbände und 217 Landesverbände. Die Erledigung mehrerer Freizeit haben sich zur Aufgabe gestellt 431 Reichsverbände und 10 Landesverbände. Gegenüber 1927 ist die Zahl der Reichsverbände um 59 zurückgegangen. Dagegen wuchs die Zahl der angeschlossenen Bezirksverbände von 361 auf 1539. Es ist mithin eine Konzentration bei den Reichsverbänden festzustellen.

Die beiden größten zentralen Spitzenverbände der deutschen Unternehmerschaft sind der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (VDA). Diese beiden zentralen Organisationen haben ihr Arbeitsbereich derartig aufgeteilt, daß der RDI die wirtschaftspolitischen Fragen bearbeitet, die VDA aber die lohn- und sozialpolitischen Belange des Unternehmertums wahrnimmt. Zum RDI gehören 1320 Fachverbände, 21 landwirtschaftliche Verbände, 87 öffentliche und allgemeine Verbände, 72 Handels- und Gewerkekammern und 1263 Einzelmitglieder. Die VDA setzt sich zusammen aus 9 Reichsfachverbänden, 33 bezirklichen Fachverbänden, 7 örtlichen Fachverbänden, 21 gewerkschaftlichen Landes- und Bezirksverbänden, 70 gewerkschaftlichen Ortsverbänden und 2830 Unternehmern. Der RDI ging im Jahre 1913 aus der Vereinigung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller und dem Bund der Industriellen hervor. Er ist in der Weise organisiert, daß er sein Aufgabengebiet in

28 Fachgruppen, einer Sammelgruppe, einer Gruppe für die Industrie- und Handelskammern, einer für örtliche und allgemeine Verbände und einer für landwirtschaftliche Verbände aufgeteilt hat. Die einzelnen Fachverbände sind in den Fachgruppen des RDI. zusammengeschlossen. Die Fachgruppe ist gewissermaßen die Spitzenorganisation der Spitzenorganisationen und alle werden sie von dem Sammelbecken Reichsverband beschirmt und zu einer Einheit zusammengefaßt. Der VDA ist nach 21 Fachgruppen gegliedert. Außerdem steht die Vereinigung mit den Arbeitgeberverbänden der Land- und Forstwirtschaft, dem Reichsverband des Deutschen Handwerks, mit den Arbeitgeberverbänden des Großhandels, Einzelhandels, der Banken, des Zeitungsgewerbes und der Versicherungsunternehmen in einem Kartellverhältnis. Brechen bei den letztgenannten Wirtschaftsgruppen gewerkschaftliche Kämpfe aus, so werden sie vom VDA. unterstützt.

Neben diesen beiden mächtigsten Spitzenorganisationen bestehen noch andere, wobei wir zuerst den Reichsverband des Deutschen Handwerks nennen wollen. Er besteht aus 51 Reichsverbänden und 11 Landes- und Bezirksverbänden. Die im RDI. zusammengeschlossenen Verbände haben nicht so scharf abgegrenzten Charakter wie die Verbände der Industrie. Wir finden dort solche, die sich mit wirtschaftspolitischen Fragen, aber auch solche, die sich

Feinde ringsum!

Unternehmer und Politiker, blaue und gelbe Hülfsgruppen der Industriellen, Gewaltanbeter von rechts und links rennen gegen die freien Gewerkschaften an. Das einzige Bollwerk, das der Arbeiterschaft noch Schutz gegen die Brandung des Wirtschaftskampfes bietet, soll zertrümmert werden. Dann haben die Unternehmer freies Spiel und können die Arbeiter wieder zu dem machen, was sie vor hundert Jahren waren: recht- und wehrlose Ausbeutungsobjekte. Aber sie irren sich.

Nun erst recht

werden Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Bollwerk ausbauen, und nun erst recht müssen sie dem vereinten Ansturm der Unternehmer und ihrer feilen Helfershelfer ihre gewerkschaftliche Geschlossenheit und ihre organisierte Abwehr entgegensetzen. In der Stunde der Gefahr müssen die Kräfte um das Ziel wachen, und darum gerade jetzt in der Krisenzeit erst recht

gewerkschaftliche Treue und gewerkschaftliche Einigkeit!

mit sozialpolitischen und reinen Arbeiterfragen beschäftigen. Ähnlich liegt es bei dem Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels und der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. Zu ersteren gehören 230 Verbände mit ungefähr 50 000 Großhandelsfirmen. Zur Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels zählen 78 Verbände und 43 Handelskammern. Sowohl der Spitzenverband des Großhandels als auch der des Einzelhandels ist nach Fachgruppen gegliedert.

Alle diese Spitzenverbände werden noch einmal zusammengefaßt im Zentralausschuß der Unternehmerverbände. Im Zentralausschuß gibt es acht Unterteilungen, und zwar: Industrie, Landwirtschaft, Handwerk, Verkehr, Handel, Banken, Versicherungen und sonstige Verbände (der Handelsbund und der Arbeitgeberverband für das Zeitungsgewerbe). Wohlbermerkt sind im Zentralausschuß nur Spitzenverbände vertreten, wie der Reichsverband der Deutschen Industrie, die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft, der Reichsverband des Deutschen Handwerks, der Reichsverband des Deutschen Verkehrsgewerbes usw. Im allgemeinen herrscht über die Tätigkeit der Unternehmerverbände tiefstes Dunkel. Doch dringt von diesem und jenem Spitzenverband dann und wann etwas in die Öffentlichkeit, besonders durch öffentliche Tagungen, Denkschriften usw. Vom Zentralausschuß hört man nie etwas, selbst in dem Jahrbuch heißt es: „Er ist in den letzten Jahren öffentlich nicht hervorgetreten.“ Sein Zweck soll u. a. sein: „die geschlossene Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der deutschen Unternehmerschaft und die einheitliche Abwehr aller gegen sie gerichteten Bestrebungen.“ Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, daß in dieser Dunkelkammer die Entschlüsse gefaßt werden, die die Gesamtinteressen des Unternehmertums betreffen. Bereits vor Jahrzehnten schrieb der bekannte Professor Eijo Brentano an Kulemann: „Die Arbeitgeberorganisationen sind die wahren geheimen Gesellschaften und stehen in dieser Beziehung sehr wesentlich ab von den Gewerkschaften.“ Wenn dies mehr oder weniger für alle Unternehmerverbände zutrifft, so aber ganz besonders für den Zentralausschuß der Unternehmerverbände.

Neben den hier gekennzeichneten Organisationsrichtungen sind im Jahrbuch noch eine Unmenge Arten der Unternehmerverbände aufgeführt. Die allgemeine Übersicht hierüber fällt nicht weniger als 122 Seiten des Jahrbuches aus. Man unterscheidet 26 Berufsgruppen, ferner allgemeine und gewerkschaftliche Verbände und sonstige Verbände. Wollte man sich durch dieses Maßchenwerk der verschiedenartigsten Unternehmerverbände hindurcharbeiten, so müßte man die Entitäten kennen und über ihre sonstige Zweckrichtung orientiert sein. Auch das Jahrbuch gibt hierüber nur ungenügend Auskunft. Meistens begnügt man sich damit, die einzelnen Verbände namentlich anzuführen.

Aber selbst ein flüchtiger Überblick über die Organisationsmacht der Unternehmer vermittelt dem geprüften Auge ein Bild lächerloser Geschlossenheit. Wir sind überzeugt davon, daß eine Überlagerung der Interessenwahrnehmung im großen Umfange stattfindet. Dessenungeachtet erfüllt jede Unternehmerorganisation ihren Zweck, der

darauf gerichtet ist, die beruflichen, allgemeinen und sonstigen Interessen der Unternehmer gegenüber dem Staat, der Allgemeinheit und den Gewerkschaften wahrzunehmen. Es wird viel gesprochen und geschrieben von der notwendigen Sparlichkeit im Aufbau der öffentlichen Körperschaften. Namentlich sind die Unternehmer die eifrigsten Befürworter derselben. Man hat noch nie etwas davon gehört, daß die Herren einmal bei sich selbst anfangen und den inflationistischen Aufbau ihrer eigenen Organisationswirtschaft auf ein erträgliches Maß zu reduzieren gedenken. Wie dem aber auch sei, die Gewerkschaften haben mit dieser Macht der Unternehmerorganisationen zu rechnen. Die notwendige Schlussfolgerung daraus zu ziehen, dürfte für jeden Arbeiter leicht sein. Sie liegt in dem heißen Bemühen, den Gewerkschaften den Charakter einer organisatorischen Großmacht zu verleihen, die sich auch gegen die ungeheure Macht der organisierten Unternehmer erfolgreich durchsetzen kann.

Für den Preisabbau.

Am 17. November trafen die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afa-Bundes, der Sozialdemokratischen Partei und des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine im Bundeshaus des RDI. zu einer Besprechung zusammen, um die Möglichkeit eines durchgreifenden Abbaues der Preise für die Gegenstände des täglichen Bedarfs zu erörtern. Die Vertreter der Konsumgenossenschaften schilderten an reichem Zahlenmaterial die von ihnen selbst seit dem letzten Jahr durchgeführten Preisermäßigungen und wiesen auf die steuerlichen und gesetzlichen Hemmungen hin, durch die ihre gesamte Tätigkeit und damit auch die Fortführung der Preisabbauaktion zur Zeit erschwert wird. Sie kennzeichneten an einer Reihe von Beispielen die Unzulänglichkeit der Ergebnisse der bisherigen, von der Regierung eingeleiteten Aktion. Die Konsumgenossenschaften würden aber trotz dieser starken Widerstände überall, wo sich die Möglichkeit bietet, weitere Preisenkungen vornehmen. Die Vertreter der Spitzenorganisationen kamen überein, durch planmäßiges Zusammenwirken der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und der Konsumgenossenschaften einen verschärften Kampf um den Abbau der Preise zu führen.

Wann ist von der Verhängung der Sperrfrist (§ 93 AVAVG.) abzusehen?

Nach § 93 Abs. 2, vorletzter Satz, AVAVG. hat der Verwaltungsrat der Reichsanstalt Richtlinien aufgestellt, wann im Falle der freiwilligen Aufgabe der Arbeitsstelle von der Verhängung der Sperrfrist abgesehen werden soll.

Wir bringen hier die im „Reichsarbeitsblatt“, Nr. 32, vom 15. November 1930 erschienenen Richtlinien zur Kenntnis unserer Mitglieder:

- I.
 1. Hat ein Versicherter seine Arbeitsstelle freiwillig aufgegeben, um sich einem geregelten Ausbildungsgang zur beruflichen oder volkswirtschaftlichen Schulung zu unterziehen, so ist nach Beendigung der Ausbildung von der Verhängung der Sperrfrist abzusehen, wenn
 - a) der Ausbildungsgang nach seinem Lehr- und Stundenplan die Erhöhung der Verwendbarkeit des Versicherten auf dem Arbeitsmarkt oder eine Vermehrung seiner allgemeinen staatsbürgerlichen Kenntnisse gewährleistet und
 - b) durch entsprechende Bescheinigung des Leiters des Ausbildungsganges der Nachweis eines regelmäßigen Besuchs des Ausbildungsganges erbracht wird und
 - c) der Ausbildungsgang erweislich bis zum Abschluß besucht worden ist. Von dem Nachweis eines abschließenden Besuchs des Ausbildungsganges kann abgesehen werden, wenn der Versicherte durch eine Bescheinigung des Leiters des Ausbildungsganges nachweist, daß er trotz längerer regelmäßiger Teilnahme an der Ausbildung das Ziel des Ausbildungsganges wegen Veränderung in seinen persönlichen Verhältnissen oder wegen mangelnder Befähigung nicht erreichen konnte und deshalb den Besuch ohne sein Verschulden vorzeitig beenden mußte.
 - Die Entscheidung darüber, ob ein geregelter Ausbildungsgang zur beruflichen oder volkswirtschaftlichen Schulung vorliegt, darf in keinem Falle von der weitausgehenden oder politischen Einstellung des Ausbildungsganges oder der Teilnehmer abhängig gemacht werden.
 2. Hat ein Versicherter seine Arbeitsstelle deshalb freiwillig aufgegeben, weil sonst der Arbeitgeber aus einem von dem Verhalten des Versicherten unabhängigen Grunde gekündigt hätte, so ist, wenn der Versicherte nach Aufgabe der Arbeitsstelle arbeitslos bleibt, von der Verhängung der Sperrfrist abzusehen, wenn
 - a) erfahrungsgemäß dem Versicherten dadurch, daß als Grund der Lösung des Arbeitsvertrages in seinen Zeugnissen die Kündigung durch den Arbeitgeber bescheinigt worden wäre, für sein Fortkommen auf dem Arbeitsmarkt Nachteile erwachsen wären und
 - b) der Versicherte durch eine entsprechende Bescheinigung des Arbeitgebers den Nachweis erbringt, daß dieser dem Versicherten die Kündigung zu dem Termin, zu dem der Versicherte die Arbeitsstelle aufgegeben hat, vorbehaltlos für den Fall in Aussicht gestellt hatte, daß er nicht selbst zu diesem Termin seine Arbeitsstelle freiwillig aufgeben würde, und
 - c) wenn der Versicherte durch sein Verhalten keinen wichtigen Grund zu der in Aussicht gestellten Kündigung des Arbeitgebers gegeben hat. Er hat darüber einen Nachweis des Arbeitgebers zu erbringen.
 3. Hat ein Versicherter seine Arbeitsstelle freiwillig aufgegeben und ist in seinem Berufszweig infolge seiner Eigenart die freiwillige Aufgabe der Arbeitsstelle für das weitere Fortkommen des Versicherten notwendig, so ist von der Verhängung der Sperrfrist abzusehen, wenn
 - a) die Verwendbarkeit des Versicherten auf dem Arbeitsmarkt dadurch erhöht wird, daß er in der neuen Arbeitsstelle die Kenntnisse neuer Arbeitsmethoden oder vorgedientenartiger mit seinem Berufszweig verbundener Arbeitsvorgänge erlangt, die er sich in der früheren Arbeitsstelle infolge der Eigenart des Betriebes nicht aneignen konnte, und
 - b) der Versicherte den Nachweis erbringt, daß er vor der freiwilligen Aufgabe seiner bisherigen Arbeitsstelle bereits einen Arbeitsvertrag für die neue Arbeitsstelle abgeschlossen hatte, diese aber aus Gründen, die nicht in seinem Verhalten liegen, nicht antreten konnte.
- II.
 1. Die Richtlinien treten am 1. November 1930 in Kraft. In den Fällen der Ziffer 1 der geregelte Ausbildungsgang am 31. Juli 1930 oder später beendet, so ist auch in diesen Fällen nachträglich

von der Verhängung einer Sperrfrist abzusehen oder eine bereits verhängte Sperrfrist aufzuheben, wenn im übrigen die Voraussetzungen der Ziffer 1 vorliegen.

Berlin, den 5. November 1930.

Der Präsident
der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung
und Arbeitslosenversicherung.
Dr. S y r u p.

Rieseneinkommen und Hungerlöhne.

Man spricht heute gern vom Abbau der hohen Gehälter der Generaldirektoren. Immer wieder tauchen Nachrichten in der Presse auf, daß sich Direktoren verschiedener Aktiengesellschaften bereit erklärt hätten, auf einen Teil ihrer Bezüge zu verzichten. Gerade die den Unternehmern willfährige Presse hebt solche Nachrichten besonders stark hervor und hängt Lobpreisungen über den Opferinn der „Wirtschaftsführer“ daran. So soll vor kurzem ein Siemensdirektor auf 10 Prozent seines Gehalts verzichtet haben. Dieser Herr bezog jährlich 350 000 Mk.; es wird ihm also sehr schwer gefallen sein, 35 000 Mk. einzubüßen. Dieser Direktor zählt übrigens nicht zur ersten Garnitur der Direktoren von Siemens. Ihnen gegenüber steht das große Arbeiter- und Angestelltenheer, von dem jeder ungefähr 200 Mk. monatlich erhält. Betrachtet man die Endsummen der Einkommen, dann verdienen 10 000 Arbeitnehmer nur doppelt soviel wie die 25 Direktoren.

Wie es in diesem einen Betrieb aussieht, so liegen die Dinge auch in der ganzen deutschen Volkswirtschaft. Von den 65 Millionen Deutschen ist fast die Hälfte erwerbstätig. Von diesen 32,5 Millionen verdienen 29 Millionen, also 90 Prozent, weniger als 2400 Mk. jährlich. 3,5 Millionen Erwerbstätige (10 Prozent) verdienen zwischen 200 und 3000 Mk. im Monat. Mehr als 3000 Mk. verdienen ungefähr 30 000 Leute. Vom gesamten Volkseinkommen entfallen somit in Deutschland auf die 90 Prozent Erwerbstätigen nur rund 70 Prozent, auf die Mittelschichten 26 Prozent und auf die in Prozentzahlen gar nicht mehr ausdrückbaren Reichen fast 4 Prozent.

Geht man noch genauer an die 29,5 Millionen heran, dann steht man, daß von ihnen 16 Millionen Menschen weniger als 100 Mk. im Monat verdienen, 6 Millionen zwischen 100 und 125 Mk. und 7,5 Millionen zwischen 125 und 200 Mk. Daraus ist zu folgern, daß die Hälfte aller Erwerbstätigen nicht einmal das Existenzminimum verdient. Auch die Mittelschicht hat bei näherer Betrachtung noch ein anderes Aussehen. Von den erwähnten 3,5 Millionen Erwerbstätigen erhalten 2,5 Millionen einen Lohn von 200 bis 500 Mk. Nur 77 000 Leute verdienen von dieser Gruppe über 1500 Mk. monatlich. Diese letzte Gruppe könnte man ruhig den anderen 30 000 zurechnen; wir hätten dann die berühmten oberen 100 000. Von den 30 000 aber erhalten 18 000 monatlich zwischen 3000 und 6000 Mk.; dies sind aber noch nicht die höchsten Gehälter, sondern es ist das Einkommen der letzten Grenze der hochbesoldeten, aber beauftragten Hüter des Besitzes. Weiter nach oben lichten sich die Reihen: wir sind bei den oberen 10 000, die im Jahr 150 000 Mk. und mehr zu verzehren haben. Von diesen 10 000 verdienen wieder 5000 im Durchschnitt mehr als 200 000 Mk., zusammen jährlich ebensoviele wie 1,5 Millionen gewöhnliche Erwerbstätige.

Die letzten 5000 Leute nun lassen sich wieder weiter zergliedern. Man erhält eine runde Zahl von 1000 Leuten, die monatlich 400 000 Mk. verdienen. Um aber in den Aufbau, in die Verteilung dieser obersten Einkommensschicht hineinzukommen, müssen wir uns schon an die niedrigeren Zahlen der Statistik halten. Es ergibt sich hier nach der Quelle der Spitzeneinkommen folgende Schichtung:

Zahl	Einkommen aus	Gesamteinkommen	Durchschnittseinkommen
25	Landwirtschaft	12 200 000 Mk.	500 000 Mk.
523	Gewerbebetrieb	206 800 000 Mk.	400 000 Mk.
341	Sonstige	120 500 000 Mk.	350 000 Mk.

Diese Übersicht zeigt, wie sehr sich die hohen Einkommen häufen. Die Durchschnittseinkommen sind also besonders hoch. Will man nun aus diesen Spitzeneinkommen noch die „Gipfel-einkommen“ aussondern, so können wir das aus der amtlichen Statistik nur bei einer Aufteilung der Spitzeneinkommen unter die einzelnen Großstädte erfahren. Bei einigen Orten ergab sich diese Zahl der Gipfel-einkommen von selbst, so z. B. in Kassel, Wiesbaden, Kaiserslautern, Zwickau; bei anderen mußte die Zahl geschätzt werden. Unter den 1000 Leuten, die durchschnittlich 400 000 Mk. beziehen, befinden sich 340, die ein Einkommen von über 500 000 Mk. haben. Das sind die „obersten Vierhundert“.

Würde man einen geschichtlichen Überblick herstellen und die Zahlen seit 1830 neben die von 1930 stellen, dann würde man sehen, wie sehr und wie schnell sich die Mittelschicht verkleinert hat. Und zwar nach beiden Seiten; erstens nach der unteren Seite, zweitens nach der oberen. Eine ganz geringe Anzahl Kapitalisten hat ein enorm hohes Einkommen; diesen gegenüber stehen alle anderen gering Entlohnten. Eine bessere Illustration zu der These von Karl Marx, daß sich die Gegensätze im Kapitalismus fortwährend bis zur Katastrophe verschärfen und zuspitzen, kann es wohl kaum geben.

Walter Pflü.

Frauenfragen.

Der Arbeiterinnenschutz nach den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten vom Jahre 1929.

I.

Es wird in den Jahresberichten 1929 der Gewerbeaufsichtsbehörden mehrfach mitgeteilt, daß das Gesetz über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft sich im Berichtsjahre günstig ausgewirkt habe. Die Arbeiterinnen verlassen meist frühzeitig den Betrieb. Bekanntlich tritt der Schwangerschutz bereits sechs Wochen vor der Niederkunft in Kraft und erstreckt sich auf sechs Wochen nach der Niederkunft; wenn die Arbeitsfähigkeit noch nicht gegeben ist, auf weitere sechs Wochen, so daß der Mutterschutz ausgedehnt ist auf insgesamt achtzehn Wochen.

Im folgenden einige Einzelberichte, die a) natürlich auch kritisch zu betrachten haben. Gabe es in den Gewerbeaufsichtsbehörden mehr tüchtige und auch gemeinschaftlich arbeitende

Beamtinnen, sähe es sicher mancherorts besser aus. Vor allen Dingen aber liegt ein großer Mißstand darin, daß der Arbeiterinnenschutz nicht durch tüchtige Arbeiterinnen selbst für die Gewerbeaufsichtsbehörden gewährleistet wird. Das ließe sich alles ändern, wenn — ja wenn die politische Macht der Arbeiterklasse größer wäre.

In Hamburg wurden in Gemeinschaft mit der Gesundheitsbehörde über 445 Schwangerschaftsfälle berichtet, von denen 83,6 v. H. zur Gruppe gewerblicher und 16,4 v. H. zur Gruppe kaufmännischer Arbeit gehörten. Bei den Erkundigungen ergab sich, daß 40,7 eine Beschäftigung hatten, die im Sitz verrichtet werden konnte, während 41,4 bei der Arbeit stehen, 14,1 abwechselnd sitzen, stehen oder gehen und 3,8 vorwiegend gehen mußten.

Aber Beschwerden bei der Arbeit klagten 14,4 v. H., die übrigen 85,6 v. H. gaben an, keine Beschwerden zu haben. Die Beschwerden bestanden in Erbrechen, Ohnmachtsanfällen, geschwollenen Füßen und Beinen, Krampfadern, Rücken-, Nieren- und Herzschmerzen sowie Blutungen. Nach Ansicht des zur Mitarbeit herangezogenen Dezenten der Gesundheitsbehörde waren fast sämtliche Beschwerden nicht auf die von den Arbeiterinnen ausgeübte Tätigkeit zurückzuführen, sondern mehr oder weniger als Beschwerden zu betrachten, die eine Schwangerschaft allgemein mit sich bringt. Lediglich ein besonderer Fall einer Darmfortiererin könnte hier vielleicht mit der gewerblichen Beschäftigung in Zusammenhang gebracht werden. Diese Schwangere, die dauernd ihre Arbeit im Stehen verrichten mußte, hatte sich eine Schwangerschaftsnieren-erkrankung zugezogen.

Schlimme Feinde

bedrohen die Arbeiterschaft von allen Seiten. Arbeitslosigkeit und Lohnabbau gefährden das Leben von Millionen und aber Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen. Immer mehr stellt sich heraus, daß die Arbeiterschaft auf keine fremde Hilfe zu hoffen hat, daß allein der gewerkschaftliche Zusammenschluß das Unheil abwehren kann. Um so mehr muß die Arbeiterschaft darauf achten, daß nicht

in den eigenen Reihen

heimliche und offene Feinde stehen, die die Schlagkraft und die Widerstandskraft der Organisationen schwächen. Vertrauen auf die siegende Kraft des Zusammenschlusses, Vertrauen in die selbstgewählten Führer, regste Anteilnahme am Verbandsleben und unausgesetzte Agitation sind die besten Helfer in dem harten Wirtschaftskampfe, den die Arbeiterschaft führen muß. Die schlimmsten Feinde aber, die jeden Schwung und alle Gewerkschaftsarbeit lähmen,

sind Mißmut und Verzagttheit.

Die Arbeit wurde in den meisten Fällen mehrere Wochen vor der Entbindung eingestellt. Es arbeiteten:

- bis zu 1 Woche vor der Entbindung 25 Schwangere = 5,6 v. H.
- bis zu 2 Wochen vor der Entbindung 29 Schwangere = 6,5 v. H.
- bis zu 3 Wochen vor der Entbindung 40 Schwangere = 9,0 v. H.
- bis zu 4 Wochen vor der Entbindung 48 Schwangere = 10,8 v. H.
- bis zu 5 Wochen vor der Entbindung 56 Schwangere = 12,6 v. H.
- bis zu 6 Wochen vor der Entbindung 84 Schwangere = 18,9 v. H.

Noch früher hatten 163 Schwangere = 36,6 v. H. die Arbeit eingestellt. Das Gesetz über Wochenhilfe vom 18. Mai 1929, das unter anderem die Höhe des Wochengeldes auf $\frac{1}{4}$ des Grundlohnes festsetzte für sechs Wochen vor der Niederkunft, sofern die Schwangere keine Arbeit gegen Entgelt verrichtet, war hier sicher nicht ohne Einfluß geblieben.

87,6 v. H. hatten eine normale Geburt, 2,7 v. H. waren Fehlgeburten, 7,9 v. H. Schweregeburten, 1 Fehlgeburt und 1 Totgeburt. Der Bericht mußte eigenartig an, indem es bei der Meldung der Schweregeburten heißt: „7,9 v. H. Wöchnerinnen wollten eine Schweregeburt durchgemacht haben“ und weiter wird dann berichtet: „Unter den „angeblichen“ Schweregeburten waren

- 9 = 2 v. H. Zangengeburt,
- 4 = 0,9 v. H. Kaiserschnitte und
- 16 = 3,5 v. H. Steißgeburten zu verzeichnen.

Von den 16 Wöchnerinnen, die eine Steißgeburt durchgemacht hatten, waren 9 stehend, 5 sitzend und 2 abwechselnd sitzend und stehend beschäftigt gewesen.“

Im Bericht heißt es dann weiter über die Wiederaufnahme der Arbeit, daß die betreffenden Arbeiterinnen z. T. nicht wieder eingestellt werden konnten, weil sie sich für die Arbeit als „nicht geeignet“ erwiesen hätten oder weil in dem Betrieb inzwischen „Arbeitsmangel“ eingetreten war. In 13 Fällen wurde die Arbeit schon vor Ablauf der 6 wöchigen Schonfrist wieder aufgenommen. In einem Falle hatte sich die Arbeitnehmerin bei der allgemeinen Ortskrankenkasse bereits nach 24 Tagen wieder gesund gemeldet. Das gibt es auch, obgleich das Gesetz vorschreibt, daß vom Tage der Entbindung bis zur Wiederaufnahme der Arbeit eine Frist von 6 Wochen verstrichen sein muß, und für diese Zeit Unterstützung gezahlt wird.

Aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf wird berichtet, daß die gesetzlichen Vorschriften über Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz wiederholt in Erinnerung gebracht werden mußten. In einer Wäschefabrik wurde eine Schwangere angefallen, die mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit des Ehemannes bis zur Niederkunft arbeiten wollte; es gelang, die Frau zur Einstellung der Arbeit zwei Wochen vor der Niederkunft zu bewegen. Eine Gewerbekontrolleurin vermochte es, eine ledige Schwangere vier Wochen vor der Niederkunft zur Einstellung der Arbeit zu bewegen. Von den Stillpausen wurde vielfach kein Gebrauch gemacht.

Regierungsbezirk Köln berichtet, daß über die gesetzlichen Mutterschutzbestimmungen noch größte Unwissenheit herrsche, trotzdem nicht die Bestimmungen in den Betrieben

aushängen. Selbst die Betriebsärzte seien oft nicht genügend aufgeklärt. Bei Betriebsbeschäftigungen wurde erst durch die Gewerbekontrolleure Aufklärung geschaffen. An einer Stelle heißt es: „Wie sehr die Arbeiterinnen besorgt sind, keinen Lohnausfall zu erleiden, konnte in einer Schuhfabrik festgestellt werden. Hier fand eine Beamtin zufällig im engen, ungeeigneten Vaderaum eine Arbeiterin beim Stillen ihres Kindes, das ihr von dem arbeitslosen Ehemann während der Mittagspause in den Betrieb gebracht wurde. Die junge Mutter erklärte, daß sie erst vor kurzer Zeit in dem Betriebe untergekommen sei und, um jeden Lohnausfall zu vermeiden, ihrer Mutterpflicht freiwillig während der Mittagspause genügen wollte. Auch der Hinweis auf die Schutzbestimmungen des § 3 des Gesetzes über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft vom 16. Juli 1927 konnte die Arbeiterin nicht veranlassen, besondere Stillpausen zu erbitten. Die Firmenleitung, der bis dahin der Fall unbekannt war, sagte die Bereitstellung eines geeigneten Raumes sowie die künftige Bezahlung der Stillpausen zu.“

Im Bericht über die Stadt Berlin wird nur kurz gemeldet: „Die Sondervorschriften für die Beschäftigung von Schwangeren und Wöchnerinnen waren in den gewerblichen Betrieben allgemein bekannt und wurden beachtet. Stillpausen wurden von arbeitenden Müttern nur selten verlangt und bereitwillig gewährt.“

U n h a l t berichtet kurz: „Verstöße gegen die Bestimmungen des Wöchnerinnenschutzes im Sinne des Gesetzes über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft vom 16. Juli sind nicht bekannt geworden. Die Bestimmungen über Wöchnerinnenschutz wurden in 20 Betrieben zum Aushang empfohlen und die Betriebsärzte und Arbeiterinnen wurden selbst besonders darauf hingewiesen.“ Man sieht hier deutlich genug, wie manche Behörden sich die Sache furchtbar leicht machen.

A u s F r e i s t a a t S a c h s e n wird berichtet, daß die Beachtung der Mutterschutzbestimmungen im Berichtsjahre wesentlich besser geworden sei. Die Kenntnis dieser Bestimmungen und ihres Zweckes sei durch die Verbreitung eines Merkblattes über die Schutzvorschriften mit zufriedenstellendem Erfolg gefördert worden. Die Arbeitgeber und ihre Beauftragten ließen sich im Einvernehmen mit den Betriebsverträgungen die Wahrnehmung des Schutzes der werdenden Mutter in steigendem Maße angelegen sein. An der dazu so nötigen Aufklärung der werktätigen Bevölkerung — insbesondere der Frauen selbst — arbeiteten Gewerkschaften, Organe der Wohlfahrtspflege, Krankenkassen, Hebammen, Ärzte, mit der Gewerbeaufsicht Hand in Hand.

Der sächsische Staat gewährt den Schwangeren eine besondere Staatsbeihilfe, wenn der Antrag darauf s p ä t e r e n s a c h t T a g e n a c h d e r N i e d e r k u n f t gestellt wird.

Für die Durchführung der Staatsbeihilfe für schwangere Arbeiterinnen war im Zeitraum vom April 1928 bis Dezember 1929 die Summe von 529 000 Reichsmark erforderlich. — Die Staatsbeihilfe wurde im Jahre 1928 für 3057, im Jahre 1929 für 11 004 Entbindungsfälle gezahlt. Da in Sachsen die Krankenkassen zur Zeit im Jahre mit 30 000 Entbindungen bei gewerblichen Arbeiterinnen rechnen, sind dies 1928 = 13,6 v. H., 1929 = 36,7 v. H. aller Entbindungen.

In einem besonderen Fall im sächsischen Bericht heißt es: „Eine schwangere Hausarbeiterin wurde auf die Wöchnerinnenunterstützung aufmerksam gemacht und ihr dringend empfohlen, mit Rücksicht auf ihre körperliche Schwäche und die in der nächsten Tagen bevorstehende Entbindung ihre Beschäftigung aufzugeben. Einer Einstellung der Arbeit während der sechs Wochen nach der Niederkunft stand die Hausarbeiterin jedoch ablehnend gegenüber. Die Frau war infolge zu geringen Verdienstes nicht der Krankenkasse zugeführt worden, sondern steuerte freiwillig. Um die schulpflichtigen Kinder, von denen ein zwölfjähriger Junge an Rückgratsverkrümmung litt, vor Ausnützung zu schützen, wurde die Wohlfahrtspflegerin ersucht, die Einhaltung des Wöchnerinnenschutzes zu überwachen.“

Im württembergischen Bericht heißt es u. a.: „Beobachtungen darüber, ob und inwieweit von dem Recht der Arbeitsniederlegung vor der Niederkunft Gebrauch gemacht wurde, ergaben, daß bei einer größeren Krankenkasse des Landes im Jahre 1929 von 259 Schwangeren überhaupt nur 17, bei einer großen Firma mit vorwiegend weiblicher Belegschaft von 70 nur 5 die erweiterte Wochenhilfe (6 Wochen vor der Niederkunft) durch Antragstellung in Anspruch genommen haben.“ Ähnliche Mitteilungen wurden auch von anderen Krankenkassen gegeben. Bei den Beschäftigten selbst wurde die Wahrnehmung gemacht, daß die Frauen bei normalen Gesundheitsverhältnissen das Bestreben hatten, solange als möglich am Arbeitsplatz auszuhalten, um nach der Niederkunft längere Zeit Erholung zu haben. Doch wurde auch von einer Anzahl Frauen bekannt, daß sie 3, 4 und 5 Wochen vor der Niederkunft mit der Arbeit aussetzten, dies besonders dann, wenn sie über die neuen gesetzlichen Bestimmungen aufgeklärt worden waren. Im allgemeinen waren aber die Bestimmungen des neuen Gesetzes nicht genügend bekannt, um sich voll auswirken zu können. Außerdem spielten bei der Arbeitsniederlegung die im Berichtsjahre besonders in Erscheinung tretenden, zum Teil recht ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse mancher Arbeiterfamilien eine große Rolle. Bei Arbeitslosigkeit des Mannes wurde z. B. die Beobachtung gemacht, daß die Frau die Arbeit solange als möglich fortsetzte, um neben dem Arbeitseinkommen auch noch das Wochengeld zu erhalten.“

Marie Wackwitz f.

Am 23. November ist Marie Wackwitz im Alter von 68 Jahren in Dresden gestorben. Mit ihr ging eine der ersten Agitatorinnen für den Fabrikarbeiter-Verband dahin. Neben Wilhelmine Köhler und Enise Zieh hat sie in zahllosen Versammlungen und bei der Hausagitation unermüdet für die Organisation gewirkt. Manche Kollegin und manchen Kollegen konnte sie von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation überzeugen. Ihre Haupttätigkeit für die Organisation erstreckte sich auf die Jahre 1904 bis zum Kriege.

Auf dem Leipziger Verbandstag 1906 war sie als Delegierte der Dresdener Zwickauer vertreten. Nach dem Kriege war sie vorwiegend politisch tätig. 1920 wurde sie von der USF in den Kreisrat gewählt.

Chemische Industrie

Unfallgefahren in der Gummiindustrie.

In dem Unglücksfall bei der Firma Gust. Wellmann in Hannover, über den wir in der Nr. 48 des „Proletariats“ berichteten, sendet uns ein Kollege aus dem Betrieb der Firma Wellmann folgende Ausführungen, die viele beachtenswerte Vorschläge zur Bekämpfung der Unfallgefahren enthalten.

In den beiden Lauchsälen müßte der Zementfußboden durch einen Fußboden ersetzt werden, auf dem nicht durch den Transport von eisernen Rädern oder durch das Fahren von Wagen mit eisernen Rädern Funkenbildung erzeugt werden kann. Geeignet wäre ein Fußbodenbelag aus zirka 40x40 großen Platten aus Stampfasphalt, mindestens in der Mitte des Saales, d. h. von der einen Vorderfront der Lauchapparate bis hinter an die Vorderfront der gegenüberliegenden Lauchapparate. Ein solcher Fußbodenbelag ist schon in mehreren großen Fabriken gleicher Art als sehr zweckmäßig eingeführt, da Stampfasphalt selbst bei stärkster Benutzung keine Funkenbildung zuläßt.

Ferner muß im Lauchsaal der ersten Etage die Erhöhung des Fußbodens zwischen den Vorderfronten der Apparate wieder beseitigt werden. Zum Hervorziehen der Lösungsbehälter aus den Apparaten müssen Vorlegeschieben verwendet werden, wie dieses in der zweiten Etage der Fall ist. Die Zementpfeiler an den Seiten, wo die Lösungskästen dicht an den Pfeilern vorbeigehen, müssen eine andere Bekleidung als Zement haben, vielleicht auch Platten aus Asphalt in dreiviertel Meter Höhe.

Um einem ausbrechenden Brande möglichst wenig Nahrung zu geben, dürfen in Zukunft die Bräte, wo die fertige Arbeit hineingestellt wird, nicht mehr aus Holz sein, sondern müssen aus Eisen angefertigt werden, ebenso die Arbeitsstische, jedoch muß die Tischplatte, weil die Eisenträger daraufgestellt werden und auch mit eisernen Schließeln darauf hantiert wird, rau sein, hier empfiehlt sich ein Belag aus Steinholz oder auch Asphaltplatten. Ferner ist es dringend notwendig, daß die Rührwerke und die Benzinrohre und -behälter in einen besonderen Raum verlegt werden, denn das in den Rührwerken zur Verarbeitung gebrachte Benzin und Gummi erhält schon infolge der bei der Verarbeitung notwendigen Bewegung eine gewisse Wärme und hat durch die unvermeidliche Reibung die Gefahr einer Selbstentzündung in sich. Das vergrößert naturgemäß die Explosionsgefahr. Dieses kann in anderen Werken (z. B. Conti) festgestellt werden, wo diese Rührwerke in einem besonderen Raum sind und schon öfter durch Selbstentzündung der Arbeitsstoffe Feuer entstand, aber immer infolge der Isoliertheit dieser Rührwerke auf seinem Raum beschränkt werden konnte.

Auch die Anschaffung respektive der Bau eines Fahrstuhles ist in diesem Gebäude eine unbedingte Notwendigkeit, damit der Transport aller Geräte und des Materials, insbesondere der schweren eisernen Kübel oder Tonnen mit der Gummilösung (ein Kübel wiegt mit Inhalt 2 1/2—3 Zentner) nicht durch das Treppenhaus über die Zementstufen zu erfolgen braucht. Da nicht mehr als zwei Mann jeden Kübel anfassen können und hierbei jeder auch nur mit einer Hand, ist es ganz klar, daß solch ein Kübel nicht so hoch gehoben werden kann, wie er müßte, und infolgedessen bei dem Transport auf die Treppenstufen aufsteigt und dadurch auch Funkenbildung erzeugen kann.

Zum weiteren ist auch die Anlage einer guten Ventilation besonders notwendig, und zwar in der Weise, daß mit einem Ausbau aus Eisen nach draußen an jeder Seite der Säle Ventilatoren frische Luft zuführen, während in der Höhe des Fußbodens Exhaustoren für den Abzug der Benzingase sorgen. Diese letzte Anlage ist besonders wichtig, da Benzingase genau wie Arsenigase und dergleichen stets unten lagern und nur durch die Zufuhr von frischer Luft nicht vertreiben werden. In den Vulkanisierräumen ist wohl Ventilation vorhanden, aber nicht ausreichend, denn es besteht nur eine Abzugsvorrichtung an den Vulkanisierköpfen. Die bisherige Entlüftung ist ungenügend. Wenn die Frauen ungefähr eine Stunde vulkanisiert haben, können sie es in den Räumen wegen der angesammelten Schwefelkohlenstoffgase nicht mehr aushalten. Dann werden einfach die Türen geöffnet, und diese Gase, die doch auch sehr explosionsgefährlich sind, ziehen fast während des ganzen Tages durch das ganze Gebäude bzw. durch die Arbeitsräume dieses Gebäudes.

Durch diese beiden Vulkanisierräume geht zwar bis zum Dach hinaus ein Luftschacht, dieser hat aber keine Wirkung, da die Schwefelkohlenstoffgase genau wie Benzingase nicht steigen, sondern auch tief lagern bleiben.

Es ist daher notwendig, daß in diesem Luftschacht in der Höhe der dritten Etage ein starker Exhaustor eingebaut wird, der diese Gase ansaugt und zum Dach hinaus leitet.

Diese Vorschläge, deren Durchführung in Zukunft eine Brandgefahr vermeiden oder auf ein ganz geringes Maß herabsetzen könnte, werden hoffentlich von den Aufsichtsbehörden beachtet, die diese aufgezeigten Mängel einer eingehenden Prüfung unterziehen müßten. Denn in Zukunft dürfen keine Menschenleben mehr vernichtet oder auch nur gefährdet werden.

Aber auch an der Arbeiterschaft wird es liegen, durch Einigkeit und Entschlossenheit zu verhindern, daß an ihrem Leben und ihrer Gesundheit Raubbau getrieben wird. Die Arbeiterschaft muß es sich zur Aufgabe machen, die gute Organisation in ihren Reihen noch weiter auszubauen, um so noch weitere notwendige Verbesserungen zum Schutze ihres Lebens und ihrer Gesundheit zu erreichen.

Engstirnige Interessenpolitik im Gummiwarenhandel.

Ein Kapitel zum Preisabbau.

Die „Gummizeitung“, das Fachblatt der deutschen Gummiindustrie, bietet des öfteren in ihren Spalten einen lustigen Zummelplatz für die Interessen der deutschen Gummiwaren-erzeuger und -händler. Namentlich in letzter Zeit wollen die Klagelieder der Gummiwarenhändler nicht mehr verstummen. Man könnte zu der Auffassung kommen, daß es zur Zeit in Deutschland niemand schlechter geht als diesen Leuten. Hauptsächlich das Thema Preisabbau scheint diesen Herrschaften so in die Knochen gefahren zu sein, daß sie die sonst immerhin geübte Vorsicht in der Kritik an den Außenseitern in ihrem eigenen Lager, die zu billigerem Verkauf übergehen, außer acht lassen.

So erscheint in der „Gummizeitung“ Nr. 8, 45. Jahrgang, vom November d. J., unter dem Kapitel „Meinungsaustausch“ ein Aufsatz „Wärmflaschen“, der im Interesse der deutschen Gummiwarenverbraucher niedriger gehängt werden muß. Es ist im Interesse der Gummiwarenindustrie erfreulich, daß in den letzten Jahren der Absatz von Gummiwärmflaschen einen erfreulichen Aufschwung genommen hat. In sehr vielen Familienhaushaltungen und besonders bei älteren oder kranken Personen ist die Gummiwärmflasche zu einem unentbehrlichen Gebrauchsartikel geworden. Gummiwärmflaschen sind heute ein Artikel, der von der Gummiindustrie als Massenware hergestellt wird. Leider ist gerade bei den beliebtesten Sorten der Preis für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten immerhin noch erheblich hoch. Es ist daher vom Standpunkt der Verbraucher aus erfreulich, daß in der letzten Zeit in Warenhäusern und einigen Gummifachgeschäften der Preis für Wärmflaschen gesenkt worden ist. Dabei werden die Verkäufer, die einen niedrigeren Preis

fordern daß überall in diesen Geschäften die Preise gehalten werden. Nach den Worten des Artikelschreibers werden die Händler in diesem Bestreben, die Preise hochzuhalten, von einigen, leider zu wenigen, Fabrikanten unterstützt.

Die Händlerorganisationen haben sich aus den verschiedensten Anlässen immer damit gebrüht, welches wichtiges volkswirtschaftliches Zwischenglied im Warenaustauschprozess zwischen den Fabrikanten und dem Käufer sie seien. Um diese Rolle einmal gebührend zu beleuchten, hat der Artikelschreiber das Wort. Er schreibt:

„Aber im Verkehr zwischen Fabrikanten und Händlern geht es bunt zu. Ist doch die Einheitswärmflasche inzwischen so weit heruntergewirtschaftet, daß sie, allerdings in ganz leichter und unschönfarbiger Ausführung, schon mit 1,40 Mk. gehandelt wird. Eine andere namhafte Fabrik hat ihre verbilligte Einheitswärmflasche vor einigen Tagen zu 1,80 Mk. herausgebracht, natürlich zur größten „Freude“ aller Wärmflascheninteressenten. Es lag durchaus keine Veranlassung vor, den bisher von den führenden deutschen Wärmflaschenfabrikanten „gelegten Preis“ von 2 Mk. zu unterbieten, denn auch zu diesem Preise wurde gern und gut gekauft.“

Also weil immerhin noch Wärmflaschen gekauft worden sind, da die Verbraucher wohl oder übel den verlangten Preis zahlen mußten, lag nach Meinung des Artikelschreibers kein Anlaß zu einer Preislenkung vor. Er fährt weiter fort:

„Ich stelle ernsthaft die Frage: Ist es kaufmännisch richtig, einen Gebrauchsartikel ohne Grund um 10 Prozent zu unterbieten und herunterzuwirtschaften? Und wäre es nicht angebracht, wenn sich die wenigen deutschen Wärmflaschenfabrikanten über die Preise verständigen würden?“

Es ist kein Scherz, wenn hier gesagt wird, daß im Handel nicht selten gelacht wird, wenn irgendein Fabrikant wieder einmal mit billigeren Preisen herankommt für einen Artikel, der schon so fast nichts mehr kostet (!) und für dessen Preislenkung kein Bedürfnis vorliegt (!) So weit sind wir schon gekommen, daß unsere Preispolitik ins Lächerliche gezogen wird. Traurig, wer nur mit Preisen Geschäfte machen kann und so wenig Vertrauen zu seinem Erzeugnis und zu seinem Können hat.

Es ist die höchste Zeit, daß die, die es angeht, den begangenen Weg verlassen, wenn sie nicht eines Tages das Genick brechen wollen.“

Ob es kaufmännisch richtig ist, die Preise um 10 Prozent zu senken, sofern die Möglichkeit hierzu besteht, darüber wollen wir mit dem Artikelschreiber in der „Gummizeitung“ nicht streiten. Zweifellos ist es, volkswirtschaftlich betrachtet, das Vernünftigste, was geschehen kann, da eine Preisverbilligung zur Belebung des Absatzes beiträgt. Wer sind die Kreise, die darüber lachen, wenn die Konkurrenz billiger verkauft? Das können nur die Händler sein, die die Preisfreiheit für Gummiartikel rigoros mitmachen. Sollte dieses Lachen, bei Nichtbetrachtung, nicht mehr ein Lächeln der Verlegenheit sein? Oder der verhehlten Wut und Enttäufung? Wer zieht die Preispolitik, die zur Verbilligung strebt, ins Lächerliche? Wieder sind es die an den unberechtigten Preisen festhaltenden Zwischenhändler, die ihre Konkurrenz durch Lächerlichkeit von der Preisverbilligung abhalten wollen. Traurig sagt Herr F. M.: „Wer nur mit den Preisen Geschäfte machen kann und so wenig Vertrauen zu seinem Können hat.“ Wenn dieses Können nur darin besteht, durch Vereinbarung und Zwang die Preise für wichtige Verbrauchsartikel hochzuhalten, so wird niemand diesen Herrn und seine Mitverbündeten um dieses Können beneiden. Eine solche Einstellung zeugt im Gegenteil von Unfähigkeit, sich in freier Konkurrenz durchzusetzen. Es ist ein trauriger Ruhm, den der Artikelschreiber hier für sich in Anspruch nimmt; er kann nur verstanden werden aus der Perspektive der engstirnigen, rücksichtslosen Interessenpolitik eines Gewerbebezuges.

Wenn die volkswirtschaftliche Funktion der Gummiwarenhändler darin bestehen soll, unter allen Umständen die Warenpreise hochzuhalten, trotzdem die Möglichkeit einer Preislenkung vorhanden ist, so ergibt sich, daß diejenigen recht haben, die schon immer behaupten, daß das Zwischenhändlertum ein für die Preisgestaltung kospieliges Zwischenglied zwischen Erzeuger und Warenverbraucher ist. Wir haben wiederholt die Behauptung aufgestellt, daß die Zwischenhändler in der Gummiindustrie eine sehr starke Belastung für die Verbraucher bedeuten. Zwar wurde bei den Preisabbauverhandlungen für Autoreifen im Reichswirtschaftsministerium angeführt, daß die Verdienstsprünge der Gummiwarenhändler nur 7 Prozent betragen soll, von denen sie durch die Preisverbilligung 2 1/2 Prozent einbüßen sollen. Wir haben aber auch schon in einem früheren Artikel diesen Händlergewinn bezweifelt, weil er nach unseren Kenntnissen bedeutend höher liegen muß. Das trifft aber nicht nur für die Autoreifenhändler zu, sondern für den gesamten Gummiwarenhandel. Hier werden noch Gewinne erzielt, die weit über dem Durchschnitt der Händlergewinne in vielen anderen Zweigen des Warenhandels liegen. Wir leben ja zur Zeit in einer Preisabbaubewegung; wenigstens soll eine solche im Sinne der Regierung Brünning dem erfolgten Lohnabbau folgen. Wenn es der Regierung ernst ist mit dem Preisabbau, dann wollen wir den prüfenden Stellen die Gummiwarenhändler ganz besonders empfehlen. Die Arbeiterschaft in der Gummiindustrie muß heute an Arbeitskraft das Letzte hergeben, um, wie von den Geschäftsleitungen behauptet wird, die Unternehmen konkurrenzfähig zu erhalten. Die Löhne der Arbeiter sind aber den Unternehmern der Gummiindustrie heute noch zu hoch. Wir sind der Auffassung, daß von den durch die ungeheure Ausbeutung der Arbeiterschaft in der Gummiindustrie erzielten Mehrgewinnen ein beträchtlicher Teil in die Taschen der Gummiwarenhändler fließt.

Diese Tatsache wird von den Gummiwarenhändlern bestritten; gerade ihr Geschäftsgebaren wird in ein undurchdringliches Dunkel gehüllt. Wir sind deshalb Herrn F. M. ganz besonders dankbar, daß er einmal diese Zurückhaltung überwinden hat und offen ausspricht, was ist. Da eine solche Offenheit bei den Gummiwarenhändlern eine seltene Erscheinung ist, wollen wir nicht versäumen, diese „Bekennnisse einer schönen Seele“ unseren Kollegen zur Kenntnis zu bringen.

K. Segerer.



Bestell-Nr. — 276 — der Unfallverhütungsbild G. m. b. H. Berlin W. 9, beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften

Eine große Gefahr bedeutet der Unfang, in ganz gewöhnliche Bier-, Wein- oder Seltersflaschen Arzneien, Gifte, Säuren und dergleichen hineinzufüllen. Petroleum, Spiritus oder Benzin in solchen Flaschen ohne Etikett kann unliebsame Überraschungen bringen und auch schwere Feuersgefahr heraufbeschwören! Viel gefährlicher aber sind die im Haushalt oft verwendeten Säuren wie Salzsäure, Schwefelsäure, Salmiakgeist, manchmal auch Lysof und andere Desinfektionsmittel. Wenn diese schwer ätzenden Gifte in derartigen nicht kenntlich gemachten Flaschen in der Speisekammer, in der Küche, irgendwo in einem Schrank oder auf einem Wandbrett herumstehen, können sie sehr leicht einmal von einem im Haushalt nicht Bekannten oder mit der gefährlichen Fällung nicht Vertrauten, besonders auch von Kindern, getrunken werden und Ätzungen und Verbrennungen der Speiseröhre, des Magens und des Mundes hervorrufen, die fast immer nach unsagbaren Qualen zum Tode führen.

Die Vermeidung derartiger Unfälle erfordert nur ein ganz klein wenig Überlegung, eine kleine geringfügige Arbeit. Jede dieser Flaschen muß mit einem deutlich lesbaren Schildchen versehen und unter Verschluss aufbewahrt werden.

angelegt haben, immerhin noch einen ansehnlichen Gewinn erzielen können. Sie haben jedoch nicht mit dem Verfasser des F. M. gezeichneten Artikels gerednet. Zum ersten erbott sich dieser Herr darüber, daß sich fast alle Gummiwarenfabrikanten auf die Herstellung von Wärmflaschen verlegt haben. Daß Wärmflaschen in verschiedenen Farben hergestellt werden, behagt ihm ganz und gar nicht. „Die Wärmflasche gehört ins Weiß“, und da es im Weiß sowieso duffter ist, ist es egal, welche Farben angewandt werden. Er empfiehlt eine rote Einheitsfarbe, eine Ansicht, gegen die nichts einzuwenden ist. Ob er damit bei allen Verbraucherschichten Sympathien findet, mag dahingestellt sein. Was ihm aber ganz besonders Kummer macht, ist der Umstand, daß eine billige Einheitswärmflasche in den Handel gekommen ist, die meistens unter Ausschaltung des Zwischenhandels direkt vom Fabrikanten an die großen Warenhäuser gelangt. Man glaubt dem Artikelschreiber gern, wenn er sagt, daß die Händler an dem Wohlergehen (lies Absatz) dieser billigen Wärmflaschen wirklich kein Interesse haben. Er setzt den Wert dieses Artikels herab, widerspricht sich jedoch gleich darauf, wenn er sagt, „jeder Fabrikant ist von den Vorzügen seiner Fabrikationsart natürlich überzeugt und strengt sich an, etwas ganz Gutes zu liefern.“

Die billige Wärmflasche ist den Gummiwarenhändlern ein Greuel, der nach ihrer Meinung bekämpft werden muß. Er rechnete es den Fachgeschäften und Drogerien zur „hohen Ehre an“, daß sie den verderblichen Preisabbau nicht mitmachen,

Papier-Industrie

Lohnabbau.

Die Forderungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie nach einem allgemeinen Lohnabbau haben auch den Syndikus des Arbeitgeberverbandes der Papier verarbeitenden Industrie, Herrn Dr. Feldgen, nicht ruhen lassen, trotzdem seine Organisation der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände nicht mehr angehört. In seinen „Mpi-Mitteilungen“ vom 8. Oktober 1930 befindet sich ein Aufsatz „Anpacken“, worin Herr Dr. Feldgen die Auffassung vertritt, daß Wirtschaftslage und Zukunftsaussichten in der Papierverarbeitung einen bisher kaum dagewesenen Tiefstand erreicht haben und wobei er zugleich zugeben muß, daß mit Ausnahme von Frankreich die Industrien aller Weltstaaten von dieser Wirtschaftskrise ergriffen worden sind. Daß infolgedessen diese Weltwirtschaftskrise auch nur durch internationale Maßnahmen wirksam bekämpft und gelöst werden kann, beschwert Doktor Feldgen anscheinend wenig. Dagegen bläst er in das allgemeine Arbeitgeberhorn und verlangt den Lohnabbau auf der ganzen Linie. Er erklärt, daß eine „allgemeine Verbilligung nur möglich ist, wenn jetzt, nachdem die Rationalisierung der Betriebe in großem Maßstabe durchgeführt ist, ihr eine Lohnsenkung und eine Revision unserer übersteigerten Sozialpolitik auf der ganzen Linie folgt.“ Er ruft er aus, daß ein derartiger Abbau „erfreulicherweise in dem Regierungsprogramm vorgesehen sei.“ In diesem Kampf um den Lohnabbau rechnet Dr. Feldgen mit der Hilfe der Reichsregierung, und er erklärt: „Nach den Erklärungen der Regierung muß angenommen werden, daß im Kampf gegen die noch widerstrebenden Elemente (lies freie Gewerkschaften!) die Unternehmer die Unterstützung der Regierung, d. h. in diesem Falle der öffentlichen Schlichtungsorgane, haben werden.“

Dr. Feldgen verlangt also, daß die allgemeine Lohnabbauaktion mit Hilfe der staatlichen Schlichtungsorgane von der Regierung gewalttätig durchgeführt wird. Dabei kommt es ihm anscheinend auf einen allgemeinen tarifwidrigen Lohnraub mit Hilfe der staatlichen Schlichtungsinstanzen ebensowenig an, wie er auch seinerzeit den Raub des Achtstundentages durch die Verordnung über die Arbeitszeit vom Jahre 1923 begründete. Anders kann von uns die Forderung von Doktor Feldgen nicht ausgelegt werden, nachdem in Nr. 80 der „Papierzeitung“ eine Geschäftsbücherei unter der Überschrift „Preislenkung“ u. a. folgendes schrieb: „Ebenso mächtig erscheint mir die Senkung der Löhne und Gehälter. Die zuletzt abgeschlossenen Arbeitstarife der Papierverarbeitung haben die bisherigen Löhne mit verschiedenen kleinen Aufbesserungen bis 1932 festgelegt.“

Wenn dieses auch für die Reichslohnliste in der Tapeten- und Wellpappenindustrie nicht zutrifft, so scheint es doch nach dieser Mitteilung der Geschäftsbücherei für die übrigen Tarife in der Papierverarbeitungsindustrie der Fall zu sein. Die Löhne sind also demnach bis 1932 tariflich gebunden und können infolgedessen nach dem Vorschlag von Dr. Feldgen nur durch einen Gewaltakt der Reichsregierung abgebaut werden. Wenn Dr. Feldgen fernerhin in seinem Aufsatz die heftige Behauptung aufstellt, daß für den Lohnabbau „große Teile der Arbeiterschaft bereits gewonnen sind“, so wissen wir nicht, woher er diese Weisheit bezieht. Soweit wir die Stimmung der deutschen Arbeiterschaft zu beurteilen vermögen, ist diese ohne Ausnahme entschlossen, sich gegen den planmäßigen Lohnabbau der Unternehmer zur Wehr zu setzen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der christliche Reichsarbeitsminister Siegelwald sich vor einiger Zeit im „Deutschen“ für den Lohnabbau ausgesprochen hat. Wahrscheinlich wird dieser christliche Gewerkschaftsführer die Erfahrung machen müssen, daß er in dieser Frage ein Prophet ohne Gläubige bleibt. Welche Arbeiterschaft in erster Linie von dem Lohnabbau begünstigt werden soll, plandert im „Berliner Tageblatt“ Nr. 477 ein sogenannter prominenter Vertreter der Wirtschaft — ohne Namensnennung — unter der Überschrift „Kriegsüberwindung“ aus. Nachdem er den bereits bekannten Standpunkt der Unternehmer, daß der Lohnabbau zu einer Verringerung der Produktion führe und von dem Lohnabbau „die Millionen der Arbeitslosen, Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegerdinterbliebenen“ profitieren, verteidigt er, erklärt er:

„Über es kann sich ernstlich ja gar nicht darum handeln, eine alte Lohn- und diese womöglich ganz schematisch, abzubauen. Es wäre verhängnisvoll, wenn sich die Arbeiterschaft etwa auf einen solchen Standpunkt stellen wollte. Es gibt auch heute noch Lohnverhältnisse genug, die ohnehin unzufrieden sind und deren Verbesserung nicht in Frage kommen kann. Für den Lohn kommt daher nur solche Löhne in Betracht, die eine mit unserer allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung nicht zu vereinbare Höhe erreicht haben und besonders auffällig über die Verhältnisse hinaus gestiegen sind. Das ist derartige Löhne in großem Umfang gibt, lehrt der Verband, daß im Jahre 1929 nach den tariflichen Rückstellungen der durchschnittliche Reallohn der ungeschulten Arbeiter um 24,5 Prozent gestiegen war und der durchschnittliche Reallohn der gelernten Arbeiter den Friedenslohn um 16 Prozent übertraf. Es wird sich daher lediglich um einen Teil der Löhne, den Lohn bei denjenigen Arbeitnehmern, deren Gehälter sich außerhalb der Einkommensentwicklung der übrigen Volksgenossen gehoben haben, in Einklang mit der konjunkturellen Verschlechterung unserer Wirtschaft zu bringen.“

Der Verfasser dieses Artikels gibt also selbst zu, daß es heute noch Lohnverhältnisse gibt, die unzufrieden sind und deren Verbesserung nicht in Frage kommen könnte. Trotzdem beweisen seine weiteren Ausführungen, daß er gerade die Löhne dieser Arbeitergruppen zum Abbau vorschlägt. Denn nichts anderes bedeutet es, wenn er auf die Steigerung der Sozialrenten der ungeschulten Arbeiter hinweist. Deren Löhne sind auch heute noch die niedrigsten und schlechtesten in allen deutschen Tarifverträgen. Wenn die Löhne der ungeschulten Arbeiter gegenüber der Vorkriegszeit höher gestiegen sind als die der gelernten Arbeiter, so ist dies kein Beweis für eine besonders günstige Lagestellung dieser Arbeitergruppen, sondern im Gegenteil eine Bestätigung der Tatsache, daß gerade diese Arbeitergruppen, die in der Vorkriegszeit den Gemeinwohlstand schwer zugunsten waren, infolgedessen mit Handlöhnen im wahrsten Sinne des Wortes abgespritzt wurden. Diese auch heute unzulänglichen Löhne sollen aber in erster Linie nach Vorschlag des Verfassers abgebaut werden.

Mit dem Lohnabbau soll nach den Versprechungen der Arbeitgeber eine Preisabbauaktion vor sich gehen. Die bereits erwähnte Geschäftsbücherei verspottet diese Versprechungen folgendermaßen: „Fabelhaft! Als Aufsatz zur Preislenkung sind die Löhne, die Eisenbahntarife, die sozialen Beiträge (Arbeitslosenversicherung) erhöht worden. Neue Steuern (Totopfer, Junggefallensteuer usw.) sind bereits eingeführt.“

Eine Lederpappenfabrik bezeichnet in Nr. 47 der „Papierzeitung“ den gepredigten Preisabbau als ein Schlagwort und nennt ihn Preisraub. Auf die wirklichen Ursachen der jetzigen Wirtschaftskrise weist dieser Lederfabrikant mit folgenden Worten hin: „Das Jahr 1925 mit allenthalben gutem Absatz hat vielleicht manche Fabrik geblendet und zum großen Ausbau der Anlagen nach amerikanischem Vorbilde veranlaßt, und nun fehlt der Absatz.“

In Nr. 83 der „Papierzeitung“ schreibt ein Dr. W. unter der Überschrift „Preislenkung“ gleichfalls über die Frage des Lohnabbaus und die vom deutschen Unternehmertum dadurch erhofften Wirkungen. Er erklärt dazu:

„Dieser Gedankengang erscheint gut und ermunternd; er weist aber Lücken auf, die den Plan aussichtslos machen. Zunächst wird die Preisbildung nicht von den Selbstkosten allein bestimmt, sondern in gleichem Maße von der Nachfrage, die ihrerseits von der allgemeinen Kaufkraft abhängig ist. Nun hat die gegenwärtige Zeit mit ihrem Abgabemangel die Verkaufspreise vielfach schon unter die Selbstkosten gedrückt. Senkt man die Löhne, dann bedeutet dies zwar Besserung für die Wirtschaft, an den Preisen wird dieser Umstand aber wenig ändern, weil die Senkung vielfach schon vorausgegangen ist.“

Aber nun beginnt eine rückläufige Bewegung. Mit Lohn- bzw. Gehaltsminderung ist eine erhebliche Schwächung der Kaufkraft verbunden. Der Verbrauch wird vermindert und die Sparsamkeit, also die Kapitalbildung, beschränkt. Mit dem Rückgang des Verbrauches ist eine noch schwächere Beschäftigung in Handel, Industrie und Landwirtschaft verbunden, und die durch Lohnsenkung verminderten Selbstkosten steigen von neuem, da die Mindererzeugung, besonders in der Industrie, verfeuert auf das Einzelstück wirkt. Sinkt aber der Absatz, dann steigt die Arbeitslosenzahl weiter; die Krise wird also nicht überwunden, sondern verschärft. Solche Bedenken bestehen gegen Senkung der Löhne.“

Dr. W. sagt uns hiermit nichts Neues. Er bestätigt nur die von den Gewerkschaften immer wieder hervorgehobenen Wirkungen einer Lohnsenkungsaktion. Bezeichnend ist übrigens die Haltung der Schriftleitung der „Papierzeitung“ zu diesem Artikel. Da ihr dieser Artikel nicht in den Kram paßt und im Gegensatz zur Propaganda des Reichsverbandes der Deutschen Industrie steht, fertigt sie Dr. W. in einer Fußnote zu diesem Artikel u. a. folgendermaßen ab: „Unser Fachblatt ist nicht der geeignete Tummelplatz für die verschiedenen Auffassungen, und deshalb können wir diesen Fragen nicht den Platz einräumen, den wir für die Behandlung der besonderen Angelegenheiten unseres weitverzweigten Faches dringend benötigen.“ Unparteiisch ist diese Stellungnahme bestimmt nicht. Uns erscheint gerade die Frage des Preis- und Lohnabbaus als eine der wichtigsten von den zu behandelnden Fragen in den Fachblättern unserer Wirtschaft.

Wie Dr. W. nachgewiesen hat, wird durch den Lohnabbau in erster Linie die Kaufkraft im Inlande geschwächt und dadurch die Arbeitslosigkeit vergrößert. Die Unternehmerpostuliert des Lohnabbaus dürften diese Wirkung gleichfalls voraussehen, wenn sie sie auch öffentlich nicht zugeben. Sie beabsichtigen aber mit dem Lohnabbau auf Kosten der Arbeitnehmer auf dem Weltmarkt mit Hilfe von Dumpingpreisen wieder wettbewerbsfähig zu werden und vergessen dabei, daß es sich um keine deutsche, sondern um eine internationale Weltwirtschaftskrise handelt, und daß die Unternehmer der Konkurrenzstaaten unter denselben Schwierigkeiten zu leiden haben und infolgedessen eine derartige Dumping-Politik der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt entweder mit den gleichen Mitteln oder mit Zollschußforderungen an ihre Regierungen beantworten würden.

Infolgedessen dürfte eine Beilegung der internationalen Wirtschaftskrise auch nur durch internationale Maßnahmen mit Hilfe des Internationalen Arbeitsamtes zu erreichen sein. Dabei dürfte der von den Gewerkschaften international geforderten Verkürzung der Arbeitszeit zur Wiedereinstellung der auf dem Weltmarkt brachliegenden Arbeitskräfte die größte Bedeutung beizumessen sein. Auf nationalem Gebiete wird der Versuch zur Lösung der Krise durch Lohnabbau unweigerlich auf den entschiedensten Widerstand der Gewerkschaften und organisierten Arbeitnehmer stoßen und dadurch einen weiteren Produktionsausfall zur Folge haben.

G. Stähler.

Nahrungsmittel-Industrie

Unfallgefahren in der Zuckerindustrie.

Ein schwerer Unfall ereignete sich am Dienstag, dem 18. November, um 20.30 Uhr, in der Zuckerrabrik in Elsnigh. Die Arbeiter Kliebisch, Schade und Rimbach aus Weizenborn, Kreis Eichwege, waren in der Rübenschwemme beschäftigt. Mäßig wurde die Mauer in einer Länge von neun Metern durch den anliegenden Presseschlamm eingedrückt. Der Arbeiter Rimbach konnte sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen. Der 42jährige Arbeiter Kliebisch, Vater von zwei Kindern, wurde unter der Mauer und dem nachrückenden Schlamm begraben. Trotz verzweifelter Anstrengungen seiner Arbeitskollegen konnte er nur als Leiche geborgen werden. Der 23jährige ledige Arbeiter Schade wurde lebend von der einstürzenden Mauer gegen die Wand gequetscht. Zum Glück reichte der Schlamm nur so hoch, daß sein Kopf frei blieb. Mit schweren Verletzungen konnte er aus seiner unglücklichen Lage befreit und in das Kreis-Krankenhaus in Dessau eingeliefert werden.

So weit die Mitteilungen über den Unfall. Nach Eintreffen des Unfalls versprach die Werkleitung, den schwer betroffenen Familien hilfreich zur Seite zu stehen. Das ist bemerkenswert. Bemerkenswert werden muß aber, daß bis Mittwoch, den 19. November, mittags, weder die Polizei des Ortes noch sonst eine zuständige Stelle an der Unfallstelle erschienen war. Läßt man sich etwa von dem Gedanken leiten, daß es sich um einen gefallenen und einen schwerverletzten Arbeiter handelt, oder ist eine dringende Weitermeldung unterblieben? Auch bei diesem Unfall muß die Frage auf-

geworfen werden, wo liegen seine Ursachen? Hoffentlich bringt die nähere Untersuchung recht bald weitere Aufklärung. Für heute wollen wir zu der Sache nur soviel bemerken:

Die Arbeiter hatten bereits am 11. November 1930 den Hofinspektor darauf aufmerksam gemacht, daß durch die Mauer Wasser dringe. Auch die Rübenabläder hatten dies bemerkt und ihrem Vorarbeiter gemeldet. Sind diese Meldungen weitergegeben worden? Wenn nicht, dann haben die betreffenden Aufsichtspersonen geradezu unverantwortlich gehandelt. Dem Hofinspektor wie auch dem Vorarbeiter mußte bekannt sein, daß eine Mauer, die Wasser durchläßt, einem derartigen Druck nicht standhalten konnte. Am 11. November wurde das Durchsickern des Wassers gemeldet, und genau eine Woche später trat das Unglück ein, ohne daß sich auch nur jemand um den gemeldeten Mangel gekümmert hatte.

Die eingedrückte Schwemme war die beste im Wasserdruck. Sie wurde daher am meisten benutzt. Das kann doch aber nicht dafür maßgebend sein, daß man sie weiterbenutzte, obwohl aus den Meldungen ersichtlich war, daß Arbeiterleben gefährdet waren. Die Benutzung dieser Schwemme war nicht unbedingt erforderlich. Es bestanden noch andere Ablademöglichkeiten, und trotzdem wurde gerade diese Schwemme weiterbenutzt. Wenn die Dinge so liegen, wie sie uns geschildert sind, dann haben die aufsichtführenden Personen hier geradezu unglaublich fahrlässig gehandelt. Hätte man den Meldungen Gewicht beigemessen, dann mußte man, bevor man die Schwemme weiterbenutzte, die Mauer von dem anliegenden Druck befreien. Dadurch wäre das Unglück vermieden worden.

E. Senkfeil.

Zur Lage der Zuckerindustrie.

In Nr. 43 des „Proletarier“ brachten wir eine Übersicht über die voraussichtliche Rübenzuckererzeugung für die laufende Kampagne. Wir hatten bereits damals bemerkt, daß sich bei der Feststellung über die Zuckererzeugung noch Änderungen ergeben könnten, weil die Witterung beim Wuchs der Rüben und bei der Zuckerbildung ausschlaggebend ist. Nunmehr liegt die Novembererhebung vom Verein der deutschen Zuckerindustrie, Abteilung Rohzuckerfabriken, vor. Die Kampagne hat inzwischen begonnen und man kann aus praktischer Erfahrung feststellen, was wird. Nach der neuesten Erhebung wird sowohl bei der Rübenverarbeitung als auch bei der Rübenzuckererzeugung eine weitere erhebliche Steigerung eintreten. In den einzelnen Bezirken des Deutschen Reiches soll sich nunmehr die Zuckererzeugung wie folgt gestalten:

Landestelle	Zuckererzeugung in Doppelzentner		Ver- mehrung in %
	1930/31	1929/30	
Preußen	313 900	268 500	+ 17,79
Brandenburg	1 148 500	922 750	+ 24,46
Pommern	1 361 350	1 103 900	+ 23,32
Niederschlesien	3 905 850	3 776 300	+ 3,43
Oberschlesien	755 500	741 150	+ 1,94
Prov. Sachsen und Thüringen	6 455 000	5 409 450	+ 19,33
Hannover und Holseln	2 344 800	1 875 500	+ 25,02
Westfalen und Hessen-Rhassan	288 500	226 650	+ 27,29
Rheinland	1 305 550	1 054 750	+ 23,78
Süddeutschland	2 207 500	1 606 800	+ 37,38
Freistaat Sachsen	258 700	204 500	+ 26,50
Mecklenburg	867 000	735 700	+ 17,85
Braunschweig	1 075 350	878 300	+ 22,44
Anhalt	751 150	630 800	+ 19,08

Vergleichen wir die Zahlen dieser Zusammenstellung mit der gleichen Tabelle aus dem „Proletarier“ Nr. 43, dann stellen wir bei den einzelnen Bezirken eine weitere Steigerung bei der Zuckererzeugung fest. Nach der damaligen Feststellung sollte Schlesien einen Rückgang gegenüber dem Vorjahre aufweisen. Nach der jetzigen Erhebung ist auch dort eine Zunahme zu erwarten. Aber auch in anderen Bezirken ist die Zunahme nach der neuesten Erhebung weit größer, als es nach der Umfrage Anfang Oktober schien. Nach der jetzigen Umfrage sollen in der laufenden Kampagne insgesamt 151 Millionen Doppelzentner Rüben verarbeitet werden gegen 118,4 Millionen Doppelzentner im Vorjahre. Das wäre eine Steigerung von 26,53 Prozent. Die Zunahme beim Rübenanbau beträgt aber nur 7,68 Prozent. Der Anbau ist also in diesem Jahre weit ergiebiger, mithin viel lohnender als im Vorjahre und in den vorhergehenden Jahren.

Die Ausbeute soll in diesem Jahre 15,52 Prozent gegen 16,38 Prozent im Vorjahre betragen. Das ist auf den nassen Sommer zurückzuführen. Der bessere Wuchs der Rübe wird also zum Teil durch die Minderausbeute ausgeglichen. Von den zur Verfügung stehenden Rübenmengen werden rund 2,6 Millionen Doppelzentner auf Trockenschmelze verarbeitet. Für Verarbeitung auf Zucker bleiben mithin 148,4 Millionen Doppelzentner. Die gesamte Zuckererzeugung in Rohzuckerwert soll in diesem Jahre 23,3 Millionen Doppelzentner betragen, sie betrug im Vorjahre 19,8 Millionen Doppelzentner. Das ist eine Steigerung von 17,34 Prozent. 793 275 Doppelzentner Zucker sollen durch Vergällung, durch Trocknung der Rüben usw., weggebracht werden. Im Verbrauchszucker würde sich für die Kampagne dann die Menge von rund 21 Millionen Doppelzentner ergeben. Im Vorjahre betrug die Verbrauchszuckererzeugung rund 17,9 Millionen Doppelzentner.

Die große Propaganda, die von der Zuckerindustrie gegen einen erhöhten Rübenanbau betrieben wurde, hat also das Gegenteil bewirkt. Der Rübenanbau ist nicht zurückgegangen, sondern um 7,7 Prozent gestiegen. Dazu kommt, daß die Rüben in diesem Jahre einen guten Wuchs haben. Nun war aber schon im vorigen Jahre eine so hohe Überproduktion vorhanden, daß 15 Prozent Zucker zur Ausfuhr gebracht wurden. In diesem Jahre beträgt die Überproduktion mehr als 25 Prozent. Die Zuckerindustrie hat sich darauf eingerichtet, daß sie 25 Prozent der deutschen Zuckerproduktion ausführt.

Nun ist aber, wie die gleiche Umfrage zeigt, auch in den anderen Rübenzuckerländern Europas eine weitere Steigerung bei der Zuckererzeugung eingetreten. In Nr. 43 des „Proletarier“ hatten wir darauf verwiesen, daß die Zuckererzeugung in dem größten Teile der europäischen Staaten

ungefähr die gleiche sein würde wie im Vorjahre. Nach der neueren Feststellung ist aber im Durchschnitt der meisten Zucker erzeugenden Länder mit einer Steigerung von 5,5 Prozent zu rechnen. Damit würde also auf dem Weltmarkt gegenüber dem vorigen Jahre eine Senkung des Angebots kaum eintreten. Die Lage ist also für die deutsche Zuckerindustrie auf dem Weltmarkt nicht günstiger, eher ungünstiger, als im vorigen Jahre.

Der Zuckerpreis beträgt nun in Deutschland 20,50 Mk. je Zentner Basis Magdeburg. Für Vorbestellungen auf längere Sicht können kleine Aufschläge berechnet werden. Man kann im Durchschnitt mit 21 Mk. rechnen. Der Weltmarktpreis für Zucker beträgt seit längerer Zeit 9 Mk. und darunter. Da ein Minderangebot auf dem Weltmarkt kaum eintreten dürfte, ist mit einer Preissteigerung nicht zu rechnen. 25 Prozent der deutschen Zuckerezeugung müßten also zu einem Preise ausgeführt werden, der um 12 Mk. und mehr je Zentner unter dem deutschen Preis liegt. Nehmen wir an, es würden 25 Prozent der deutschen Zuckerproduktion zu einem Preise ausgeführt, der mit 12 Mk. je Zentner unter dem deutschen Preis liegt, dann werden die anderen 75 Prozent Zucker der deutschen Produktion mit 3 Mk. je Zentner belastet, um diese Differenz auszugleichen. Würde die deutsche Zuckerindustrie also nur soviel Zucker erzeugen, wie wir selbst brauchen, dann könnte der Preis für den Zucker in Deutschland herabgesetzt werden. Hier wäre also die Möglichkeit des Preisabbaues gegeben. Zunächst ist aber die Überproduktion vorhanden und man wird versuchen müssen, sie irgendwo abzusetzen. Landwirtschaft und Zuckerindustrie haben nun dauernd behauptet, daß der Rübenanbau nicht lohnend sei. Es wird ferner behauptet, daß die Ausfuhr des Zuckers auf Kosten der Landwirtschaft geschieht. Das kann nicht stimmen. Wäre das so, dann wäre der Rübenanbau in diesem Jahre nicht noch mehr gestiegen.

Die erneute Produktionssteigerung und die erhöhte Ausfuhr an Zucker haben nun die Regierung veranlaßt, sich mit diesem Problem zu beschäftigen. Dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat ist ein Gesetzentwurf zur Verbesserung der Marktverhältnisse für deutsche landwirtschaftliche Erzeugnisse zugeleitet worden. Nach Abschnitt 3 § 8 dieses Entwurfs kann die Regierung mit Zustimmung des Reichsrates und der beteiligten Kreise zur Regelung der Erzeugung und des Absatzes die Zuckerindustrie und die Kartoffeln verarbeitende Industrie zusammenschließen. Es besteht also die Aussicht, daß wir ein Zwangs Syndikat für die Zuckerindustrie bekommen. Dieses Zwangs Syndikat soll die Aufgabe haben, die Produktion dem Verbrauch anzupassen. Was also die Zuckerindustrie durch ihre Propaganda nicht erreicht hat, nämlich eine Stabilisierung der Zuckerezeugung, das soll nun auf gesetzlichem Wege durch eine zwangsweise Kontingentierung erreicht werden.

In der Begründung zu diesem Entwurfsabschnitt wird gesagt, daß die deutsche Zuckerezeugung wieder den Umfang erreicht habe, den sie in der Vorkriegszeit in dem jetzigen Reichsgebiet hatte. Es wird von großen Verlusten gesprochen, die die Zuckerindustrie durch die Ausfuhr hat, und es wird gesagt, daß ein erhebliches Allgemeininteresse bestehe, daß dem deutschen Zuckerrübenbau und der deutschen Gesamtwirtschaft diese Verluste erspart bleiben. Die Begründung hebt hervor, daß die Zuckerindustrie für diese Gedankengänge Verständnis habe. Andererseits ist von der Tagespresse wiederholt darauf verwiesen, daß ein Preisabbau für Zucker geeignet sei, den Verbrauch zu steigern und so die Überproduktion zu vermindern bzw. zu beseitigen. Dagegen wehrt sich aber nun die Zuckerindustrie. In einem längeren Artikel in der Fachzeitschrift „Die deutsche Zuckerindustrie“ wird zu diesem Problem Stellung genommen. Man spricht sich dahingehend aus, daß angesichts der herrschenden Situation kaum ein anderer Weg übrig bleibt, als die zwangsweise Kontingentierung. Der Artikel nimmt dann auch zu der Frage Stellung, ob durch die Einschränkung der Zuckerezeugung eine Preisverbilligung eintreten könne. Hierzu wird folgendes gesagt:

„Denn der andere Weg, den statt dieser Kontingentierung die genannten Blätter empfehlen, nämlich den Inlandspreis herabzusetzen, um dadurch zu einer Erhöhung des Verbrauches zu kommen, ist einmal von Standpunkt des Rübenbauers nicht gangbar. Er verspricht aber auch nicht die Auswirkungen in Richtung einer Verbrauchszunahme, wie sie von den Befürwortern dieses Vorschlages erwartet wird. Tatsache ist, daß die Ausfuhrverluste vom deutschen Zuckerrübenbau getragen werden und daß der Rübenbau bislang trotzdem aufrechterhalten worden ist, weil er unter Berücksichtigung der Futterwerte sich für den Landwirt im allgemeinen noch weniger verlustreich stellte als der Anbau sonstiger Früchte. Die Gesehungskosten des Zuckerrübenbauers haben sich gegen die bisherigen Feststellungen nicht verringert. Die Rübenbauende Landwirtschaft kann aber diese Verluste nur vorübergehend tragen, und eine Herabsetzung des Zuckerpreises, die ja, wenn sie einmal durchgeführt ist, nicht so leicht wieder rückgängig gemacht wird, wäre eine außerordentlich große Gefahr für die Aufrechterhaltung des Rübenbauers auch nur in dem Umfange, wie er zur Deckung unseres Inlandsbedarfes erforderlich ist. Wir möchten daher dringend warnen, diesen Schritt zu gehen. Dieses Mittel einer Herabsetzung des Zuckerpreises wird aber auch die erhoffte Behebung des Verbrauches nicht mit sich bringen, denn die Erfahrung hat nicht gelehrt, daß der Zuckerverbrauch mit jeder Steigerung des Preises fällt und mit jeder Senkung des Preises steigt. Es liegt im jetzigen Augenblick, wo die Preislenkung das Gebot der Stunde ist, nur zu nahe, auch den Zucker in diese Preislenkungsaktion mit einzubeziehen, aber der Erfolg würde ausbleiben und die Schädigungen für die Rübenbauende Landwirtschaft außerordentlich hoch werden. Als Einwirkung auf den Zuckerpreis, die zu einer Steigerung des Verbrauches führen könnte, käme höchstens die Abschaffung der Zuckersteuer in Frage. Mit dieser kann aber im jetzigen Augenblick der höchsten Finanznot des Reiches kein ernsthafter Politiker und Volkswirt rechnen.“

Also, hier wird von den Arbeitgeberern der Standpunkt vertreten, daß ein Preisabbau nicht in Frage kommen kann. Das widerspricht nun allerdings dem Programm der Regierung, die ja immer und immer wieder mit dem Preisabbau Reklame macht. Wenn in dem Zitat davon gesprochen wird, daß die Landwirtschaft die Opfer nur vorübergehend tragen könne, dann ist es doch sonderbar, daß die Landwirtschaft sich durch erhöhten Rübenanbau mehr Opfer auferlegt, als sie in diesem Falle nötig hätte. Da stimmt etwas nicht.

Ferner sind wir allerdings der Auffassung, daß eine Herabsetzung des Preises den Umsatz sehr wohl steigern kann.

Wie die Dinge einmal liegen, kommen wir um einen Eingriff kaum herum. Wenn nun aber durch den Gesetgeber eingegriffen wird, dann kann es ja nicht so gehen, daß dabei nur die Interessen der Zuckerindustrie und der Rübenlieferanten vertreten werden. Es muß auch auf die Interessen der Allgemeinheit, der Verbraucher und der beteiligten Arbeiter Rücksicht genommen werden. Eine Herabsetzung des Zuckerpreises wird dann nicht wesentlich zur Verbrauchssteigerung beitragen, wenn die Kaufkraft der Masse, d. h. also die Löhne, durch Schiedsprüche weiter herabgesetzt werden, wie das auf Wunsch der Regierung in letzter Zeit geschehen ist.

Für die Arbeiterschaft der Zuckerindustrie aber wird eine Zwangs Syndizierung andere Begleiterscheinungen bringen. Wird die Zuckerezeugung zwangsweise eingeschränkt und die Betriebe zusammengeschlossen, dann werden Betriebsstilllegungen und dergleichen nicht ausbleiben. Diese werden also allerdings auch kommen. Es sind in den letzten Jahren schon viele Betriebe stillgelegt worden. Die Aktionäre der stillgelegten Betriebe werden nun, wie bei anderen Zwangs Syndikaten, Aktien der arbeitenden Betriebe erhalten oder in anderer Form abgefunden werden. Es muß auch daran gedacht werden, daß die Arbeiter, die zur Entlassung kommen, nicht allein die Opfer dieser Zwangsmaßnahmen tragen können. Geht es also ohne behördlichen Eingriff nicht, dann kann dieser Eingriff nicht nur zugunsten der Rohstofflieferanten und der Fabrikanten erfolgen; die Interessen der Verbraucher und der beschäftigten Arbeiter müssen dabei gleichfalls berücksichtigt werden. C. Senkfeil.

Verschiedene Industrien

Das Lohnproblem in der Spielwarenindustrie.

II.

In seinen weiteren Ausführungen sagt Glöckner, daß die Einstellung vernünftiger Unternehmer zum Lohnproblem sei: „Selbst verdienen, aber auch andere verdienen lassen.“ Was ist es mit dem Wort „verdienen“? In dem Sprachgebrauch „Einkommen an Arbeitslohn“ im Gegensatz zum „Unternehmer-einkommen“ hat die Anwendung des Wortes „Verdienst“ nicht gleiche Bedeutung. Der Unternehmer versteht unter Verdienst etwas ganz anderes als der Arbeiter. Im Verdienst des Unternehmers steckt neben dem Einkommen zur Lebenshaltung auch Mehrwert, also „überschüssiger Verdienst“, in dem Einkommen des Arbeiters nur Verdienst (Lohn), und der ist so bemessen, daß er nicht immer zur erträglichen Lebenshaltung eines Menschen ausreicht. Also die „vernünftigen Unternehmer“ wissen, daß sie mit ihrer Formel „Selbst verdienen, aber auch andere verdienen lassen“ ihren Vorteil haben. Es wird deshalb kein Arbeiter auf den Leim des Herrn Glöckner kriechen.

Nun kommt Glöckner auf den Kern seines Wollens. Da fährt er aus:

„Auch in der Spielwarenindustrie drängt das Lohnproblem zur Lösung. Sie in dem mehr oder minder gewalttätigen einseitigen Lohnabbau sehen, heißt Eisenbart-Kuren verehren. Solche Problemlösung hat sinkende Konjunktur zur Voraussetzung und bei steigender Konjunktur um so höhere Lohnforderungen zur Folge. Der über das Heute hinaus volkswirtschaftlich denkende Unternehmer weiß, daß seinen Mitarbeitern nicht mit der Höhe, sondern mit der Kaufkraft ihrer Löhne gebietet ist. An dieser aber ist jeder Warenabsatz interessiert.“

Also Kaufkraft ist notwendig, wenn der Warenabsatz garantiert werden soll. Eine alte Auffassung der Gewerkschaften! Aber wer glaubt, daß die Unternehmer freiwillig Verhältnisse herbeiführen würden, die den Arbeiter in die Lage versetzen, mit wenigem Lohn mehr zu kaufen als mit hohem Lohn, der ist um seinen Optimismus zu beneiden. Seine Ungläubigkeit auf die Freiwilligkeit der Unternehmer und des Händlertums wird ihn auf alle Fälle betragen. Wenn ein Unternehmersyndikus zum Ausdruck bringt, „ein einseitiger Lohnabbau sei eine Eisenbart-Kur“, so ist damit immer noch nichts anderes bewiesen, als daß man vor solchen Eisenbart-Kuren nicht zurückschreckt. Auch in der Industrie nicht, die Glöckner zu vertreten hat. Wir haben es in der Spielwarenindustrie mit einer Industrie zu tun, in der die Löhne noch nicht einmal, insbesondere in der Heimindustrie, die normale Höhe erreicht haben. Angesichts dieser Tatsache kann man leicht die Absicht eines einseitigen Lohnabbaus verleugnen. Der ist ja bereits vorhanden! Ein Preisabbau könnte einen Ausgleich bringen; aber wo bleibt der von den Kreisen und politischen Parteien, denen Glöckner hubdigt, in Aussicht gestellte?

Zu niedrige Löhne mit einer eventuellen Preislenkung rufen Gefahren hervor. Die Hochschulzöllner der Importländer deutscher Erzeugnisse erscheinen auf dem Plan. Sind aber im Ausland die Schulzölle erhöht, dann sind wir wieder da, wo wir mit höheren Löhnen waren, nämlich bei der Absatzkrise, nur mit dem Unterschied, daß der Inlandsmarkt durch Verminderung der Kaufkraft geschwächt ist. Solche Ziele zu vertreten, nennen wir in der Tat „Eisenbart-Kuren“ schlimmster Art. Das ist darüber hinaus wirtschafts- und handelspolitische Kurzsichtigkeit und führt zum volkswirtschaftlichen Niedergang.

Glöckner greift auch die Schlichtungsstellen an. Er sagt, die Verhandlungen dort in dem letzten Jahrzehnt waren „meist nur ein recht übler Schacher“. Das stimmt bis zum gewissen Grade. Aber die „Generalschacherer“ waren an diesen Stellen die Unternehmervertreter. Oft war der „jüdische Geist“ im Vergleich zu dem Geist der Syndikalistischen christlichen Glaubens ein Waisenkind. Eben bei diesem Schachergeschäft!

Glöckner begrüßt die Hilfe der Reichsregierung beim Lohn- und Preisabbau? Bis heute hat sich dieser Abbau nur einseitig bemerkbar gemacht, aber gleich hinter dem Lob für die Regierung kommt eine Anklage gegen sie. Sie lautet: „Wie verheerend bei uns durcheinander regiert wird, das erzählt bligartig aus einem Satz der Begründung zu einem in der Glasindustrie gefällten Schiedspruch. Die Arbeitgeber hatten angesichts der über den Tarifrahmen weit hinausgehenden hohen

Effektvollhöhe eine Senkung beantragt (die in anderen Branchen von beiden Tarifpartnern vereinbart wurde). Der amtierende Landesrichter verlängerte jedoch die jetzigen Lohnsätze bis zum 30. Juni 1931 und sagte in der Begründung, daß eine Lohnsenkung nicht erfolgen könne, weil angesichts der gegenwärtigen Steuer- und Zollpolitik der Regierung eine wesentliche Verteuerung der Lebenshaltungskosten in nächster Zeit mit absoluter Sicherheit zu erwarten sei.“

Da hat sich also die Reichsregierung endlich einen Entschluß abgequält, der bei konsequenter Durchführung die längst erforderte Gesundungsumstellung bringen kann — prompt wird diese Möglichkeit durch einen von derselben Regierung bestellten Schlichter in unethischer Weise durchkreuzt. Das ist eine weitere treffliche Illustration der volkswirtschaftlich schädlichen Begleiterscheinungen der heutigen Schlichtungsmethodik.“

Also weil sich ein „weißer Rabe“ unter den Schlichtern befunden hatte, der zum Ausdruck brachte, daß es mit der Preisaktion der Regierung gute Weile hat, deshalb mußte er nach Glöckner „volkswirtschaftlich schädigend“ gehandelt haben. Warten wir ab, wer recht behält, der gutgläubige Syndikus oder der Schlichter. Die Entwicklung der letzten Monate im Schlichtungswesen steht der Handlung des von Glöckner zitierten Schlichters entgegen, und es kann ohne Umschweife zum Ausdruck gebracht werden, daß diese Entwicklung Schädigungen für die Volkswirtschaft bringen muß. Einseitiger Lohnabbau wird vorgenommen, aber der versprochene Preisabbau bleibt in seinen ersten Anfängen stecken. Das Schlußurteil Glöckners über das Schlichtungswesen lautet wie folgt:

„So sind wir all die Jahre her beinahe systematisch dem Erliegen zugesteuert worden. Die Lohnsenkungen brachten dem Lohnempfänger bestenfalls für eine kurze Übergangszeit einen Vorteil. Als Dauererfolg ist lediglich eine Steigerung der Gesehungskosten zu verzeichnen, die die inländische Absatzmöglichkeit und die ausländische Konkurrenzfähigkeit so empfindlich beeinträchtigt, daß die Erwerbslosigkeit einer Katastrophenhöhe zugezogen wird. Ob die Entwicklung der parlamentarischen Verhältnisse eine Fortsetzung der jagst gut begonnenen Preislenkungsaktion möglich machen wird, vermag niemand zu sagen. Gelingt es den hierfür fanatisch bereiten Kräften, die Kurve wieder aufwärts zu biegen, und werden dadurch Senkungen der Gesehungskosten unmöglich, so müssen die Folgen für Staat und Volk verhängnisvoll sein.“

In diesem Zitat kommt deutlich zum Ausdruck, daß der Vertreter einer wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitgebern den Weg zur klaren Erkenntnis nicht finden kann, weil er sich von den Lehren der Urhannationalökonomie nicht trennen kann. Nach Glöckner haben die Lohnsenkungen der letzten Jahre schuld an der Steigerung der Gesehungskosten, an der Beeinträchtigung der Absatzmöglichkeiten im Inland, an der Konkurrenzfähigkeit mit ausländischen Industrien und an der Erwerbslosigkeit im Inlande. Das würde jeder ausländische Unternehmer auch behaupten, wenn ihn die Tatsachen nicht eines anderen belehrt hätten, nämlich, daß man die Ursachen von Wirtschaftskrisen gegenwärtig nicht mehr von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten allein herleiten kann, sondern sie in den Bewegungen und Gegenbewegungen der Weltwirtschaft suchen muß. Das hat sich Glöckner erspart, und deshalb ist das von ihm zum Ausdruck Gebrachte nicht richtig. Wäre seine Auffassung richtig, dann bräuchten in der Tat nur Löhne und Preise gleichmäßig gesenkt zu werden, und der Weg für die deutsche Arbeiterschaft nach dem „Schlaraffenland“ wäre frei. Daß dem nicht so ist, ist oben bereits bewiesen.

Die Auffassung, daß das Vorhandensein von Arbeitslosen nichts anderes als ein sicheres Zeichen dafür ist, daß die Arbeit zu teuer ist, hat sich als falsch erwiesen, ebenfalls die Auffassung, daß zur Behebung der Arbeitslosigkeit nur die Löhne heruntergesetzt zu werden brauchen. Eine solche Auffassung mag richtig gewesen sein in der Zeitperiode der „Handarbeit“. Wir leben aber in der Zeit der maschinellen Produktionsweise, und sie hat mit aller Gründlichkeit die Wirtschaftsauffassung, insbesondere aber die Lohntheorie der Klassiker zerstört.

Die Arbeitslosen können nur wieder in den Produktionsprozess zurückgeführt werden, wenn direkt oder indirekt erhöhte Löhne den Konsum erweitern können. Erweiteter Konsum führt zur Neubelebung der Produktion, damit zur Konjunktur und damit zu Arbeitsmöglichkeiten für die Erwerbslosen. Gehemmt wird dieser Weg durch planlose Rationalisierung. Die Rationalisierung muß deshalb planvoll gestaltet werden. Das braucht nicht dadurch zu geschehen, daß sie gedrosselt wird, sondern in der Form, daß die Arbeitszeit ihr angepaßt wird.

Aber die Betriebsarten in der Spielzeugindustrie im Zusammenhang mit dem Lohnproblem schreibt Glöckner folgendes:

„Wie nicht in vielen anderen Wirtschaftszweigen ist in der Spielzeugindustrie und den verwandten Branchen auch heute noch neben der fabrikmäßigen die hausgewerbliche Erzeugung heimisch. Die Eigenart der letzteren bringt es mit sich, daß sie auch von den engmaschigsten gesetzlichen Vorschriften kaum erfaßt wird — nicht zuletzt deshalb, weil die in der Hausindustrie Tätigen dies nicht wollen.“

Das ist der Gipfel des Unrichtigen, und zwar da, wo Glöckner auf die Gesehung für die Hausindustrie zu sprechen kommt. Im Gegensatz zu der Behauptung ist richtig, daß die in der Hausindustrie Tätigen sich nach mehr gesetzlichem Schutz sehnen. Wenn teilweise der vorhandene Schutz nicht in Anspruch genommen werden kann, so nur deswegen, weil Unternehmerswillkür oft die schädlichsten Mittel anwendet und Teile der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter zu Industriebelosten macht, die nicht wagen, ihr Recht zu verlangen, weil sie sonst brotlos werden und noch größerer Not ausgesetzt sind als jetzt. Diese Verhältnisse kennt Herr Glöckner ganz genau. Es ist deshalb als recht eigenartig zu bezeichnen, daß solche angeblichen Feststellungen benutzt werden, um sie als Material gegen die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter zu benutzen.

Zusammenfassend sei gesagt: Glöckner glaubt, die Wirtschaftskrise sei zu lösen durch Heruntersetzen der Löhne und Preise. Er hat deshalb Anlaß genommen, vom „Lohnproblem“ zu schreiben. Daß die Auffassung Glöckners nicht richtig ist, haben wir bewiesen. Die Wirtschaftskrise ist nicht in erster Linie „Lohnproblem“, wie von Glöckner verstanden, sondern „Arbeitszeitproblem“ und „Absatzproblem“. Zur Beseitigung der Krise gibt es keinen anderen Weg als den oben gezeigten. S. Eslein.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Ein Menschenleben.

Was ist ein Menschenleben? Ein Nichts, ein loses Blatt,
 Vom Baum des Lebens losgelöst, wenn krank und matt,
 Der sicheren Vernichtung preisgegeben.
 So ist die Welt, es muß Bestehendes vergehen,
 Damit aus den Ruinen neues Leben glüht.
 So wie trotz langen Winters Frost und Wehen
 Ein neuer Zielbewußter Lenz erblüht.
 Das ist des Lebens nie erforschte Quelle,
 Daß aus Verfallnem neues Leben quillt.
 Erneut, verjüngt entsteht Zell um Zelle,
 Und Mutter Erde ihren Hunger stillt.

Dram wist: ein jeder Mensch, ob arm, ob reich,
 Kann nur ein Glied der Kette sein
 Vom Kreislauf dieses Lebens.
 Natur hat allen Menschen gleich
 Verheißt hier das Himmelreich,
 Wenn sie danach nur streben.
 So muß sie aus die Spanne Zeit,
 Die auch das kurze Dasein deut,
 Als Mensch zu leben.

Karl Jirschick.

Sub oder Mädel?

Von Wela Szenes.

Frauen kamen und gingen. Türen wurden aufgemacht und zugegeschlossen, während der zukünftige Papa in der Ecke des Zimmers saß, allein, lebend und feige. Wenn er die Leute um etwas fragte, beachteten sie ihn gar nicht. Selbst das Stubennädchen ließ es ihn fühlen, daß gegenwärtig der „gnädige Herr“ das überflüssigste Wesen im Hause sei. Zerstreut von Müdigkeit und Aufregung streckte er sich im Lehnstuhl aus, zuckte aber bei jedem Laut zusammen, denn vielleicht bringt man schon die sehnsüchtig erwartete Nachricht: ein Sub oder ein Mädel?

„Was ist ein Sub oder ein Mädel?“ fragt er sich. „Noch einige Minuten und ich werde es wissen. Ein Sub oder ein Mädel? Mein Gott, das ist doch wirklich einerlei. Hauptsache ist, daß das erste Kind ankommt: wird es ein Mädel, werden wir es ebenso lieb haben, wie wenn es ein Sub wäre.“

Es gibt Menschen, die geradezu unglücklich sind, wenn ihnen nicht ein Sohn geboren wird. Als wäre das nicht ganz gleichgültig! Das Ehepaar Wallos z. B. betete von früh bis abends, daß es nur ein Sub werden möge. Dann sprach Wallos volle vier Wochen nichts mit seiner Frau, und er ist noch heute unglücklich, weil es nicht so kam. Ich verstehe nicht, wie ein intelligenter Mensch so denken kann. Kind bleibt Kind, ob Sub oder Mädel, die Freude ist gleich groß.

Ich würde meiner Frau nicht mit einem Wort einen „Vorwurf“ machen, wenn es ein Mädel wäre, im Gegenteil, von einem gewissen Standpunkt aus würde mich ein Mädchen mehr freuen. Jawohl, wenn wir nur ein Mädchen bekämen! Um wie vieles ist ein Mädchen lieber, herziger und sanftmütiger, auch kann die Frau damit besser umgehen. Ein Knabe schreit, daß man es nicht ertragen kann, das Mädchen ist stiller. Wie ungezogen ist ein Sub, wenn er größer wird, wieviel Unannehmlichkeiten hat man mit ihm, und wie püsig und neft kann man ein Mädchen kleiden. Der Sub ist den ganzen Tag nicht daheim, er kreibt sich ständig auf der Straße umher, das Mädchen hingegen ist Freude und Sonnenstrahl im Hause. Es ist immer fröhlich, tagsüber hilft es im Haushalt, abends setzt es sich an Klavier. Es ist der Trost unserer alten Tage, der Junge spielt Karten, verliert beim Rennen sein ganzes Geld, schreibt meinen Namen auf Wechsel, ich kann seine Schulden bezahlen — habe ich dafür mein Leben lang gearbeitet?

Das Mädchen zieht es, wenn es heiratet, auch weiterhin zu den Eltern; wenn der Junge heiratet, geht er in der Familie des Mädchens auf. Heiratet das Mädchen, ist man verhältnismäßig noch jung und kann sich schon der kleinen Enkel erfreuen, das Mädchen...

„Ein Sub“ rief in diesem Augenblick eine Stimme durch die halbgeöffnete Tür.

„Ein Sub, ein Sub“, schrie der glückliche Vater und rannte, Tisch und Stuhl umwerfend, zu seiner Frau. „Ein Sub, ein Sub, laß mich ihn sehen, zeigt ihn mir! Ein Sub, Gott sei gelobt, ein Sub, und er wiegt sieben Pfund. Sieben Pfund und ein Sub — wie ich ein Glück, daß es kein Mädchen ist!“

Verzögerte Übersetzung von M. Mezel.

Mutter Rénard.

(Nach ein Kriegserlebnis.)

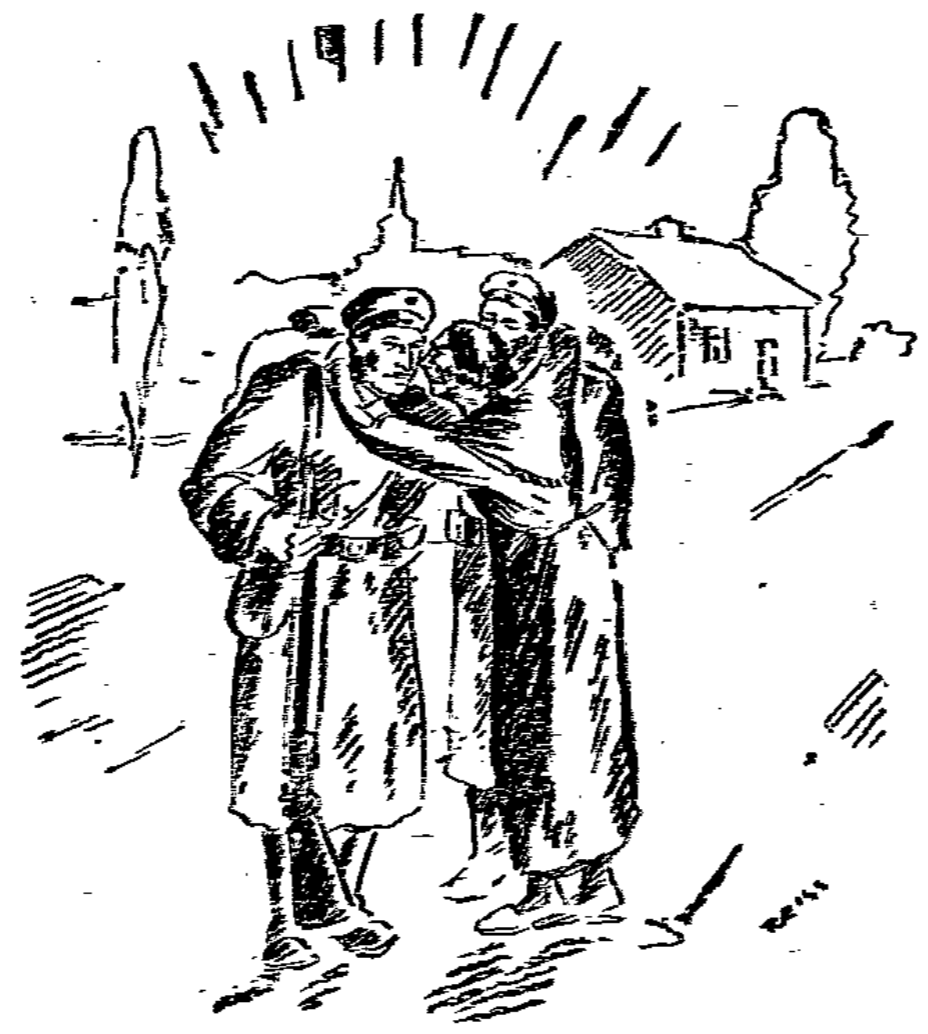
Es war im Winter 1917. Wir waren in Aufstellung in dem kleinen französischen Städtchen S. Meine Gruppe lag auf Ortswache. Viel gab es allerdings nicht zu bewachen. Nur einige prächtvolle Haufen Kohlen, die zum Betrieb der kleinen Feldbahn bestimmt waren, welche bis in unsere vorderste Linie fuhr. Die Bewachung war sehr nötig, denn das wärmependende Material bildete einen magnetischen Anziehungspunkt für die dortige arme französische Bevölkerung. Wir Frontsoldaten konnten das begreifen, denn es war bitterkalt und Heizmaterial war damals in Flandern sehr knapp. So fand am einem Morgen auch ich auf Wache. Es war noch finstern und von Norden her püßte ein eisiger Wind. Nach froher Handemüdigkeit. Um meine Eisbeine etwas zu erwärmen, hatte ich eben zu einem kleinen Schweinstopp angelehrt, als aus dem Dunkel plötzlich eine weibliche Gestalt auftauchte. Ich rief sie an, und nachdem mein bisheriges französisch zusammenhanglos war, fragte ich sie, was sie hier zu suchen habe. Es war ein altes, ganz vergrühtes Mütterchen. In einem selbstamen Mischmasch von Deutsch und französisch klatschte sie mir ihr Lied. Ich konnte ihren Kauderwatsch nur soviel entnehmen, daß sie ganz allein dasse, daß es gar so arg kalt sei und daß sie gar so arg friere. Das brachte sie in einem derart zerschundenen, flehenden Ton vor, daß es mir ganz weh ums Herz wurde. Als sie mich dann mit tränenerfüllter Stimme und mit rührenden Gebärden bat, ich möchte ihr doch ein paar Kohlen schenken, da mußte ich an meine eigene Mutter denken, und es wurde mir ganz seltsam zumute. Eigentlich wäre es meine Pflicht gewesen, sie davon abzuweisen, jedoch konnte ich dem flehenden Ton ihrer Worte nicht widerstehen. So gab ich ihr zu verstehen, sie solle soviel Kohlen nehmen wie sie brauche, jedoch solle sie sich beeilen. Ihr leises, aber süßes „merci monsieur“ wurde ich nie vergessen. Mit betagte kindlichem Eifer machte sie sich daran, ihr kleines Körbchen, das sie am Arme trug, zu füllen. Ich wanderte ihr den Rücken und wollte meinen Handgang wieder aufnehmen. Doch das Schicksal schenkte schnell. Bei mir kam es im Form des Ordonnanzmandates, eines Kavallerieoffiziers, angefaßt. Er stand plötzlich wie aus dem Boden gestampft vor mir. „Was ist das für ein Ding“, dachte ich, denn der Herr Rittmeister war in der ganzen Division berüchtigt als ein gefährlicher Dorn im Fleisch der Soldaten, aber auch berüchtigt als Soldatenführer. Er mußte fordern, daß einer seiner französischen Söhne kommen, denn fortan, wenn er den Marsch anmachte, muß er machte ihn begleiten, er muß mit einer Wolke Akkordanten entgegen gehen. Als er das erste Zeichen sah, küßte er wie ein Rasender auf sie zu. Bräutlich lag er ihr das Körbchen mit den Kohlen aus der Hand und winkte auf sie, er solle in den Hofen. „Sofort verhaften Sie diese alte Weibchen wegen Diebstahls“, brüllte er mich an. Doch ich hatte mich inzwischen von dem momentanen Schrecken

wieder erholt, und so antwortete ich ruhig: „Entschuldigen Sie, Herr Rittmeister, ich habe der Frau erlaubt, die Kohlen zu nehmen.“ Was jetzt kam, war schrecklich. Der Herr Rittmeister bekam Runden, so groß wie eine Kaffeetasse und schnappte nach Luft wie ein Fisch auf dem Trocknen. Dann aber ergoß sich ein Schwall von Schimpfworten und Unflätigkeiten über mich. Ich dachte mir, was jeder andere Mensch auch gedacht hätte, nämlich: „Ruffsch mit der Buckel lang!“ Aufatmend sah ich, wie das Mütterchen diese Schimpfkanonade dazu benutzte, um sich dünne zu machen.



Mir fiel ein Stein vom Herzen, als ich sie im Grau des aufdämmernden Morgens verschwinden sah. Ich hatte wirklich Angst um sie bekommen, denn dieser halbbertrunkene Hinterfrontsoldat, der da vor mir einen Indianertanz anführte, war zu allem fähig. Nachdem sich der hohe Herr ausgemiselt und mich nach Name und Kompanie gefragt hatte, verschwand er in der Richtung des Wachlokals. Ich mußte sehr gut, was das zu bedeuten hatte. Als ich abgelöst wurde, empfingen mich meine Kameraden mit mitleidigen Blicken. Mein Unteroffizier, ein anständiger Kerl, eröffnete mir mit bedauernden Worten, daß er leider gezwungen sei, mich beim Kompanieführer zu melden. Der Spaß werde mich mindestens fünf Tage kosten. Am nächsten Morgen wurde ich dem Kompanieführer vorgestellt. Dieser, ein alter Frontoffizier, den wir alle gerne hatten, forderte mich auf, den Sachverhalt zu erzählen. Ich tat dies kurz, einfach und wahrheitsgemäß. Als ich meinen Bericht beendet hatte, sah er mich lange an. Dann sagte er: „Es tut mir wirklich leid, daß ich Sie bestrafen muß, doch das preßiert ja nicht so arg. Morgen müssen wir sowieso wieder in Stellung. Sollte ich vielleicht darauf vergessen, Sie zu bestrafen, Sie sind nicht verpflichtet, mich daran zu erinnern. Verstanden?“ Dann ließ er mich abtreten. Er hat wirklich darauf vergessen. Auch der Herr Rittmeister hat sich meiner nicht mehr erinnert. So bin ich bis heute für meine Freveltat noch nicht bestraft.

Es ist wirklich sehr eigenartig und seltsam, wie oft im menschlichen Leben der Zufall spielt. Als wir von der Stellung wieder zurückkamen, wurde uns Privatquartier zugewiesen. Ich und noch ein Kamerad, ein Hilfskrankenträger, kamen zusammen in ein Quartier. Doch siehe da, es war eine alte Bekannte von mir, das Mütterchen vom Kohlenhaufen. Freudig begrüßte sie uns, besonders mich. Sie hatte mich trotz der allesgleichmachenden Uniform sofort wiedererkannt und nannte mich ihren lieben „petit soldat“. Jetzt lernte ich auch ihren Namen kennen. Sie hieß Rénard. Wir lagen noch lange bei S. in Stellung. Jedesmal hatten wir das Glück, zu Mutter Rénard ins Ruhequartier zu kommen, und wenn sie uns gesund und heil vor sich stehen sah, vergoß sie Tränen. Wie eine rechte Mutter hat sie für uns gesorgt. Wie tat uns jungem Blut diese Mütterlichkeit so wohl. Wir haben uns redlich bemüht, dies quill zu machen. Solange wir bei Mutter Rénard im Quartier waren, fror sie nicht mehr. Auch Essen und Trinken haben wir drei redlich geteilt.



Im Frühjahr 1918 wurden wir abgelöst, um zur Frühjahrsoffensive an der Somme eingesetzt zu werden. Da ging es denn auch los. Schließend hat uns Mutter Rénard auf Marsch und Stille geküßt. Wie weit hinaus vort das Städtchen hat sie uns begleitet, und noch lange waren wir ihr Taktenschritt im Wunde flattern. Mein Kamerad liegt an der Somme begraben. Ich aber lebe, und dem „petit soldat“ hat mich nicht vergessen, Mutter Rénard. Da bist seine liebste Kriegserinnerung.
 Drama.

Hitler . . . ein Jude!?

So eine Plattform der Straßenbahn ist genau wie ein Dritte-Klasse-Abteil der Eisenbahn eine unbezahlbare Fundgrube für den Leitartikel und den lokalen Berichterstatter.
 Wer Ohren und Augen aufmacht, kann da manches lernen und erleben.

Jugendwo muß heute abend eine „Naziverammlung“ sein. Ein Jüngling mit Hakenkreuz im Knopfloch und erstem Haarflaum auf der Oberlippe steigt zu uns auf die vordere Plattform des Wagens. Drei Metallarbeiter kommen eben von der Fabrik.

„Schlechte Zeiten! Zu geringer Lohn. Zum Leben wenig! Zum Sterben viel!“

Das Nazibüchchen schnarrt, wie er es wohl von Femebeines der völkischen Reichstagsfraktion gelernt und abgelauscht haben mag: „Ah . . . an all dem Schlamassel sind doch nur die Juden schuld!“

„Quatsch!“, ruft energisch ein Metallarbeiter dazwischen, „du Nazijüngelchen, was verstellst denn du! Du schwärzt ja nur nach! Und zudem bist du ja auch ein Jude!“

„Aber erlauben Sie mal!“, stößt schon merklich dünner der junge Mann mit dem Hakenkreuz im Knopfloch.

„Was heißt hier erlauben!“, meint der Angehauchte, „du bist auch jüdischer Abstammung wie Hitler und Goebbel und Lubendorff.“

Du kennst doch die biblische Geschichte von der Sintflut, wo alle Menschen elendiglich ertranken. Nur Noah mit Frau und Söhnen und Töchtern blieben übrig! Also stammst du und dein Hitler, wir alle, nach der Christenlehre, von Noah ab. Also ist der Jude Noah der Stammvater aller Hitler-Brüder!“

Wir anderen auf der vorderen Plattform lachten aus vollem Herzen über diese Wut der Hitlerjünglinge, dem die Luft im Halle stecken blieb, so daß die Stimmränder verlagten.

Der Wagenführer stimmt hell ein in unser Lachen.

Und vor der nächsten Haltestelle steigt, trotzdem der Wagen noch in Fahrt ist, der Jüngling aus.

Und während er die Straße überquert, braust ihm noch eine zweite Lachsalve nach, die dem Hitlerjüngling noch lange in den Ohren sausen mag.

Gustav Giblin.

Die Ballade vom Zuchthaus in Reading.

Von Oskar Wilde.

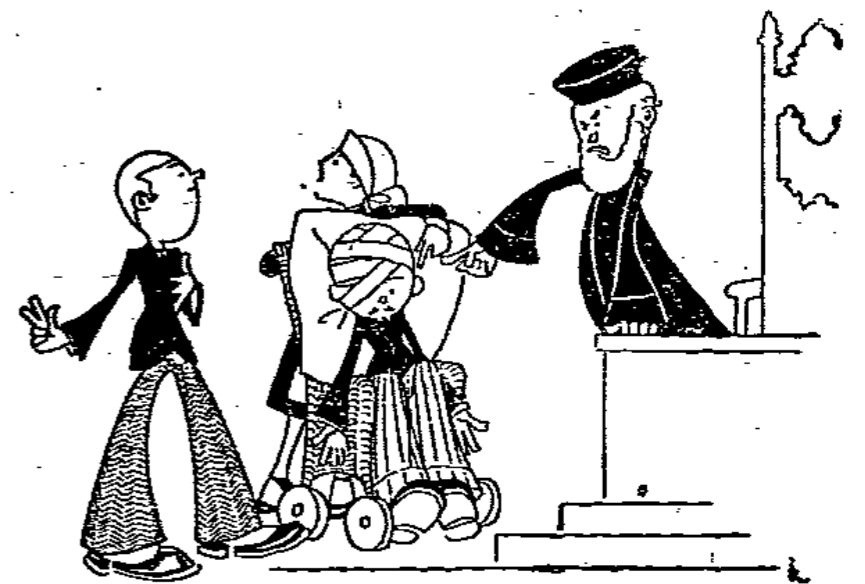
Wohl ist es süß im Lebensmal,
 Der uns lockt aus Wald und Kluff,
 Bei Lautenschall und Blütenhall
 Und tanzen durch Glanz und Duft.
 Doch süß ist es nicht, auf dem Hochgericht
 Zu tanzen in der Luft.

Und wie wir im Traum wohl Schreckliches schau
 In der Spiegelbilder Flug,
 So sehn wir den grauen häfensen Strang
 Und den schwarzen Baum, der ihn frug.
 Und hörten das Weten, das müht zum Schrei
 Erstickt des Henkers Zug.

Und keiner fühlte ans diesem Schrei
 So ganz wie ich seine Not,
 Und die Reue so heiß und den blutigen Schweiß
 Und die Wunden alle so rot:
 Denn wer mehr Leben als eines lebt,
 Stirbt mehr als einen Tod . . .

Die „Ballade of Reading gaol“ ist wohl das berühmteste Gedicht Oskar Wildes. Wir drucken die Eingangsstrophen ab, weil sich am 30. November der Todesstag des Dichters zum 30. Male jährt. Wilde war ein Sohn des berühmten Augen- und Ohrenarztes Sir William Rob. Wills Wilde und der Dichterin und nationalitätlichen Dampflehrerin Jane Francesca Elgee. Wilde errang mit seinem Lustspiel „Lady Windermere's Fächer“ seinen ersten großen Erfolg, der ihn auch bei seinen folgenden Stücken trenn blieb. Er war nun mehrere Jahre hindurch der Abgott des Publikums, bis man ihn wegen seiner bekannten Beziehungen zu A. Douglas, dem Sohn Lord Queensburys, den Prozeß machte. Im Zuchthaus von Reading schrieb er sein erlösendes Bekennnisbuch „De Profundis“. Nach seiner Freilassung, die im Jahre 1887 erfolgte, lebte er gänzlich verarmt in völliger Zurückgezogenheit, in seiner Kraft gebrochen und dem Trunk verfallen. In weiteren Werken Wildes nennt der „Haus Brodhaus“, Handbuch des Wissens in vier Bänden, z. B. die Skizzen Kunstmalerei, „The happy prince and other tales“, den Künstlerroman „The picture of Dorian Gray“ und das Drama „Salome“.

Humoristische Ecke.



Die abgewiesene Klage.

Richter (streng): Was war das für ein Gegenstand, mit dem Sie nach dem Kopf des Klägers geschlagen haben?

Angeklagter (im Bewußtsein seines Rechts): „Es war ein Band des „Großen Brodhaus“.“

Richter (milder): „Dann ist allerdings nichts zu machen, der „Große Brodhaus“ ist ja in der Tat ein Nachschlagewerk.“

Unmöglich.

„Sie wissen bestimmt, Herr Professor, daß der Angeklagte kein Signal gegeben hat, bevor er Sie überfuhr?“

„Jawohl, Herr Landgerichtsrat. Ich hörte nur rufen: „Aus'm Weg, Kindvieh!“ und das konnte ich doch unmöglich auf mich beziehen!“

Ägypten.

In der Schule gibt der Lehrer den Schülern auf, einen Satz zu bilden, in dem das Wort Ägypten vorkommt. Keinem der Schüler will es gelingen, bis auf den kleinen Moritz Veilchenstein, dem Sohne des Inhabers eines Herrenmodegeschäfts. Moritz erklärt: „Mein Vater verlangt für einen Arbeitsanzug 30 Mark, aber ä gib'n für 28 Mark, ä gib'n für 25 Mark, ä gib'n für 20 Mark.“